

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

171 (25.7.1932)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG DES WERKTÄTIGEN VOLKES MITTELBADENS

Anzeigenpreise: Die 10 gerippten Millimeterzeile für 12 Stunden 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei sonstigen Zeitungsleistungen, bei gerichtlicher Bestellung und bei anderen außerordentlichen Umständen abweichend sein kann.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis: monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Ercheinung 5 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstellen: und Zeitungsverkäufer: Karlsruhe 1, 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 1220/1021 o. Volksfreund-Zustellen: Durach, Gumpelstr. 6, D.-Duden, Jagdbühnenstr. 12, Kallert, Kollmannstr. 2, Offenburg, Republikstr. 7

Nummer 171

Karlsruhe, Montag, den 25. Juli 1932

52. Jahrgang

3. Reich Zuchthausstaat

Lohnsklaverei - 60 Pfg. Hungeralmosen für erwerbslose Familie - Proklamierung der brutalsten Unternehmerwillkür - Kriegsgefangenenkost für Jugendliche - Zuchthaus, Kaserne, Peitsche, Hunger

Hakenkreuz, Papenkreuz, Hungerkreuz

Dass die Nazis einen Hunger-, Zuchthaus- und Senkerstaat errichten würden, wenn sie die Macht im Staate zu erlangen vermöchten, das ist aus Dutzenden von Äußerungen ihrer Führer und aus einer großen Zahl parteiamtlicher Dokumente (man denke nur an die Borheimer Dokumente) glatt erwiesen. Der Vorwärts war in der Lage, ein neues Dokument zu veröffentlichen, das beweist, welche verbrecherische Pläne gegen das werktätige Volk in führenden Nazikreisen begehrt werden. Wir haben bereits in der Samstagausgabe auf den Inhalt dieses Dokuments hingewiesen. Heute sei der hauptsächlichste Wortlaut wiedergegeben.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
San Groß-Berlin

Berlin SW. 48, den 3. Juni 1932
Fiedemannstraße 10.

Geheim!

An die
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Reichsleitung

München, Brienerstr. 45.

Zu der von den Wirtschaftsberatern der Reichsleitung für den Fall der Machtergreifung entworfenen Wirtschafts- und Sozialverfassung nimmt die Gauleitung entsprechend der Verfügung der NSDAP nach Anhören der zuständigen Gauwirtschaftsberater nur insoweit Stellung, als ihr das Programm in Einzelheiten ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig zu sein scheint. Die folgenden Anregungen erfolgen aus dem spezifischen Gesichtswinkel der Groß-Berliner Bedürfnisse. Wie weit ihre allgemeine Anwendung auf das ganze Reichsgebiet zweckmäßig erscheint, bleibt dem Ermessen der NSDAP anheimgestellt.

Löhne vom Jahre 1900

Wirtschaftspolitik

Zu Artikel 9. Die Rückführung des gesamten Lohn- und Gehaltsniveaus auf den

Stand der Jahrhundertwende,

wie sie das Programm vorsieht, ist notwendig, wird aber nur bei entsprechender Senkung der gesamten Lebenshaltungskosten durchgeführt werden können. Unentgeltlich würde eine so einschneidende Lohnsenkung sein, wenn etwa, wie geplant, die Mieten lediglich um 10 Prozent herabgesetzt, Löhne und Gehälter aber im Durchschnitt um 25 Prozent gekürzt würden. Im übrigen wird es im autarkischen Wirtschaftssystem vor allem darauf ankommen, dem schaffenden Volke der Faust und der Stirne die Unvermeidbarkeit einer rigorosen Lohnsenkung überzeugend vor Augen zu führen. Daran ist ja im letzten Grunde das System Brüning gescheitert: daß es dem Volk immer neue Lasten aufbürdete, ohne ihm ihre Notwendigkeit glaubhaft zu machen.

Zu Artikel 11. Der Leistungslohn soll grundsätzlich keine Gültigkeit beanspruchen; das Existenzminimum des arbeitenden Menschen müßte aber in irgendeiner Form sichergestellt werden.

60 Pfennige!

Sozialpolitik

Zu Artikel 14. Ueber die Tatsache, daß das Reich an Arbeitslosenunterstützung bankrott gemacht hat und mit ihm nicht länger aufrechtzuerhalten ist, besteht allerseits Übereinstimmung. Der schaffenden Bevölkerung muß mit der Wahrscheinlichkeit klargestellt werden, daß der Gedanke an Gewerkschaften im marxistischen Sinne die Möglichkeit nicht weiter gefördert werden darf und daß die Auswirkungen des Versicherungsgedankens - abgesehen von der Unfallversicherung - korumpierend und erschwerend auf den deutschen Menschen gewirkt haben. Der Arbeitsdienst wird hier Wandel schaffen und daneben sozialistische Geisprünge bringen. Soweit bei unerschuldeter Erwerbs-

losigkeit und Invaliddität Unterstühtungen in Frage kommen, wird an Stelle der bisherigen Versicherung und des rechtlich begründeten Anspruchs eine individuell gestaltete, den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte Nothilfe eingeführt, die widerruflich ist.

Für Groß-Berlin müßte diese Nothilfe auf 60 Reichspfennig pro Tag und Person festgesetzt werden.

Ueber die Gewährung der Nothilfe entscheidet auf Vorschlag der Gemeinde die zuständige Sektion der NSDAP, die die nötigen Erundigungen einzuziehen hat. Juden, Jugendliche unter 18 Jahren und Frauen sind grundsätzlich vom Bezug der Nothilfe ausgeschlossen.

Zu Artikel 15. Die Gauleitung stimmt dem Entwurf, der an Stelle der Krankheitsversicherung das

System der Betriebsparlasse

setzt, grundsätzlich zu, um so mehr, als mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Unternehmungen dadurch liquider werden und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Nur müßte die Gauleitung um die Gefahr von Verlusten der eingezahlten Spargelder nach Möglichkeit auszuschaalen, ergänzend vorzuschlagen, daß über Anlage und Verwendung der Gelder den Nationalen Gewerkschaften eine gewisse Kontrolle zugestanden wird.

Beamtenabbau!

Beamtenpolitik

Zu Artikel 18. Dem Vorhaben, das bestehende Beamtenrecht auszuheben und die Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten dem allgemeinen Arbeitsrecht anzugliedern, wird zugestimmt. Nur wird empfohlen, die

Ueberführung der öffentlichen Beamten in das Angestelltenverhältnis

gestuft nach der Dauer der Dienstzeit des einzelnen Beamten vorzunehmen, d. h. mit entsprechend elastischen Kündigungsfristen und im Falle der Dienstentlassung unter Gewährung von Abkehr- bzw. Übergangsgeld je nach der Anzahl der Dienstjahre. Daß die Parteibuchbeamten davon ausgenommen werden sollen, ist an sich richtig; nur wird die Definition dieses Begriffes in vielen Fällen schwierig sein. Es wird empfohlen, auf Grund der von der zuständigen Verwaltungsbehörde eingereichten Personalakten in der Gauleitung die Entscheidung zu treffen, die gegebenenfalls durch Anrufung der Reichsleitung abgeändert werden kann. Nach zwölfjähriger erfolgreicher Dienstzeit kann dauernde Anstellung erfolgen.

Für die richterlichen Beamten wird eine Ausnahme vorgesehen. Sie bleiben grundsätzlich lebenslanglich und unfündbar angestellt. Nur wird durch Notverordnung dieser Grundjah für die Dauer von sechs Monaten aufgehoben, innerhalb deren eine Aushebung des Richterpersonals erfolgt.

Da nach Schätzung unserer Fachberater etwa 75 Prozent der Richter zum mindesten mit den Fernzielen der NSDAP sympathisieren

werden etwa 25 Proz. des Bestandes auszuschalten sein. Ungefähr das gleiche Verhältnis besteht bei den meisten Verwaltungen. Insgesamt wird sich ein Personalabbau von mindestens 30 Prozent reibungslos vollziehen lassen.

Verbot der Gewerkschaften!

Ständischer Aufbau

Zu Artikel 22. Bis zum organischen Aufbau des berufsständisch gegliederten Staates sieht die Wirtschaftsver-

Im Dritten Reich



fassung paritätisch mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besetzte Nationale Gewerke vor, die — an Stelle der gegenwärtig bestehenden Instanzen — alle arbeitsrechtlichen, betriebswirtschaftlichen und lohnpolitischen Fragen zu entscheiden haben. Hier wird empfohlen, die einzelnen Kammern in ihrer Besetzung insofern der Hoheitsverwaltung zu unterstellen,

als bei Stimmgleichheit insbesondere bei Lohnstreitigkeiten der Beauftragte der NSDAP, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender den Ausschlag gibt.

Der von den Pgg. Dr. Wagener und Walter Funk ausgearbeitete Entwurf sieht eine allzuweitgehende Einschränkung der Unternehmerrechte vor. Ganz unerträglich würde die in Aussicht genommene Bestimmung sein, wonach bei Lohnänderungen der Unternehmer den Ausschlag geben soll. Wie es dabei, so könnte die NSDAP, den ohnehin sehr erschwerten Kampf endgültig einstellen. Es ist sehr charakteristisch, daß die Fühlungnahme zwischen Pgg. Gregor Strayer und dem Sachwalter des ADGB, Kurt Wängler gerade in diesen entscheidenden Fragen ergebnislos verlaufen ist. Der Kampf um die Seele der Arbeiter ist jedenfalls mit solchen Methoden nicht zu gewinnen.

Von dem Verbot der Gewerkschaften wird empfohlen, den Deutschen Gewerkschaftsbund anzunehmen. Er könnte mit den ihm angeschlossenen Unterverbänden, insbesondere dem DGB, die Kadern für den Aufbau der Nationalen Gewerke bilden.

Zeitungs-Dauerverbote

Uebergangsbestimmungen nach der Machtergreifung im Reich.

Presse. Die Scheidelinie für Dauerverbote im Bereich Groß-Berlin wäre links von der DZ, zu ziehen. Unter Vorzeichen wird das Erscheinen widerruflich gestattet: DZ, Scherl-Presse, Kreuzzeitung, Deutsche Tageszeitung, Tägliche Rundschau, Unzensuriert, Angriff, Deutsche Zeitung, Berliner Börsenzeitung. Die näheren Ausführungsbestimmungen erläßt das Gau-Pressamt (Pgg. Hinkel). Besonders wichtig wird die Kontrolle bestimmter, im nationalen Sinne halbstarke Zeitschriften (Tat, Ring, Vorstoß, Tribüne usw.) sein, da anzunehmen ist, daß sich um sie nach der Machtergreifung die intellektuelle Opposition gruppieren wird. Für sie kommt Zensur in Frage.

Vom Feind besetzte Stadt!

Oeffentliche Sicherheit

Bis zum 1. August 1932 stehen in Groß-Berlin zehn Standarten einsahbereit. Die freiwerdenden Gebäude Al. Alexanderstraße 28 (Wielandstraße 6 (ADGB), Lindenstraße 3 (Vormärts), Jerusalem Straße 46/49 (Wolke), Kochstraße 22/26 (Mitteln)) kommen zunächst für die Unterbringung der SA-Gliederungen z. B. in Stärke von acht Sturmabteilungen im Liebknecht- und Wollf-Haus untergebracht. Durch die Bereitwilligkeit wird die Ruhe in allen Stadtteilen verbürgt.

Für den Ersatz der Schupo sind 9000 bewährte SA-Männer mit mindestens zweijähriger Dienstzeit in Aussicht genommen.

Im Dritten Reich herrschte also nicht nur eine Verflawung der Volksmassen, wie sie selbst das Zarenreich nicht kannte, im Dritten Reich würden auch die Massen zu einem Hungerdasein verurteilt werden, dessen Ausmaß aller Beschreibung spotten. Nur die Nazibonzen, sie würden herrlich und in Freuden leben. Wer murrte oder gegen das Hungerland gar aufbegehren wollte, würde mindestens dem Zuchthaus, wahrscheinlich aber dem Henker überantwortet werden. Ein Boykott würde sich freizeigen, das geradezu mit einer verheerenden Seuche zu vergleichen wäre.

Die Arbeiter, die Angestellten, die Gewerbetreibenden, die Kleinen Bauern und auch die Beamten würden in Fesseln geschlagen werden, wie es noch keine Tyrannei in irgend einem Staate zu tun wagte.

Darum müssen sich am Wahltage alle Werktätigen genau merken, was ihnen im Zuchthaus- und Hungerstaate Adolf Hitlers blühen würde.

Und dazu eine Arbeitsdienstpflicht nach Zuchthausregeln. Wer sich der Arbeitsdienstpflicht entzieht wird nach einer besonderen Strafrechtsordnung des deutschen Arbeitsdienstes bestraft.

Wer den Arbeitsdienst verächtlich macht oder herabwürdigend verachtet, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft.

Wer einen Arbeitsdienstpflichtigen aufreizt, der Einberufung zum Arbeitsdienst nicht Folge zu leisten, wird mit Zuchthaus bestraft.

Die Arbeitsabteilung setzt sich zusammen aus:
1 Führer, 1 Stellvertreter, 1 Verwalter, 1 Quartiermeister, 1 Zeugmeister, 1 Sportwart, 15 Truppführer, 1 Heilgehilfe, 20 Vorkämpfer, 4 Spielleute und 170 Reichsarbeiter.

170 Arbeiter und 46 Antreiber — so sieht das Hitler-Reich aus!

Wer nicht will, daß der Arbeiter wieder ein Sklavendasein führt,

Wer nicht will, daß der Unteroffizier der Erziehler des Volkes wird,

Wer nicht will, daß tausende Parasiten wieder ein Drohnendasein erhalten,

Wer nicht will, daß unsere Jugend für die Barone und Junker mißbraucht wird,

Wer nicht will, daß aus einem freien Staat ein Zuchthausstaat wird,

Wer kämpft mit der Sozialdemokratie:

Kein Zuchthaus, Hunger- und Henkerstaat, sondern

Volkswohlfahrt und Freiheit!

Kampfruf der Internationale

Die belgischen und österreichischen Sozialdemokraten

An die deutsche Sozialdemokratie!

Im Namen der Belgischen Arbeiterpartei und angeregt durch das Beispiel der Britischen Labour Party richten wir an euch diese Botschaft:

Seitdem die Sozialistische Arbeiterinternationale im Jahre 1924 in Hamburg wieder aufgerichtet wurde, haben die deutsche und die belgische Partei so enge und so häufige Beziehungen unterhalten, daß es überflüssig wäre, ihre Solidarität im Kampfe für die Demokratie und den Sozialismus zu bekräftigen. Dagegen gibt es etwas, was unter den gegenwärtigen Umständen vielleicht recht nützlich ist auszusprechen: das ist die Tatsache, die wir mit absoluter Sicherheit behaupten können, daß in Belgien die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung ohne Unterschied der politischen Partei die demokratischen und republikanischen Erregungen in Deutschland befestigen mögen.

Das belgische Volk ist von tiefstem Friedenswillen erfüllt. Sein leidenschaftlicher Wunsch geht dahin, in Frieden und Freundschaft mit allen seinen Nachbarn zu leben. Aber es erkennt klar die gefährliche Drohung, die für ganz Europa darin liegt, wenn in Deutschland die Parteien der reaktionären Gewalt triumphieren, die sich bereits durch Bürgerkriegshandlungen auf das Massenverbrechen eines neuen Krieges vorbereiten.

Was uns Sozialisten betrifft, so haben wir das klare Bewußtsein, daß unsere Sache mit eurer Sache identisch ist, daß euer Kampf für die Freiheit inmitten der schwersten Gefahren ein Kampf für die Freiheit aller ist. Wir grüßen die Werttätigen Deutschlands, deren tagtägliche Handlungen und Opfer prachtvoll beweisen, daß sie sich das wunderbare Wort von Goethe zu eigen machen:

„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.“

Für die Belgische Arbeiterpartei:

Die Delegierten der Exekutive der Sozialistischen Internationale:

Emile Vandervelde, Louis de Broquere,
Camille Huysmans.

Der Generalsekretär: van Rosbroeck.

Die Vorsitzenden der Parlamentsfraktion in der Deputiertenkammer und im Senat:

Max Hallet, Henry La Fontaine.

Genossen und Genossinnen!

Mit leidenschaftlicher Teilnahme begleitet die deutsch-österreichische Arbeiterklasse euren Entscheidungskampf um die deutsche Demokratie.

Ihr müßt siegen.

Genossen und Genossinnen! Denn das Schicksal der Demokratie in Mitteleuropa, das Schicksal des europäischen Friedens, das Schicksal der Arbeiterklasse und des Sozialismus in der Welt hängt von den Ergebnissen eures Kampfes ab!

Ihr kämpft für uns ebenso wie für euch. Am 12. November 1918, an demselben Tage, an dem das deutsch-österreichische Volk die Festung gebrochen hat, hat es sich den Anführer Deutschlands an das deutsche Volk zum Ziel gesetzt. Wenn aber in Mitteleuropa die Reaktion siegt, im Reich die österrischen Junker, in Oesterreich die Schwarzgelben obliegen, dann ist die Sache des Anschlusses für Jahrzehnte verloren!

Wir glauben an eure Kraft.

Genossen! Darum glauben wir trotz alledem an das sozialistische Großdeutschland der Zukunft.

Unsere heißesten Wünsche begleiten euch in eurem Wahlkampf.

Grüß den Genossen Severing und Otto Braun, die rechtswidrige Gewalt von der Stätte ihres historischen Wirkens gestohen hat!

Ehrerbietigen Grüß dem Andenken aller deutschen Arbeiter, die von faschistischen Landsknechten im Freiheitskampf ermordet worden sind!

Brüderlichen Kampfesgrüß der deutschen Sozialdemokratie, der Eisernen Front!

Freiheit!

Der Parteivorstand der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie

Die Stuttgarter Konferenz

Stuttg. 23. Juli. Auf der Länderkonferenz sind sämtliche deutschen Länder mit Ausnahme von Lippe-Deimold vertreten.

Über den Inhalt der Verhandlungen weiß das Stuttgarter Neue Tagblatt zu berichten, daß sich die Konferenz normierend mit der Frage der Einleitung des Reichskommissars für Preußen befaßte.

Von zutändiger Seite wird mitgeteilt: In der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in Stuttgart tagten, wurden die wichtigsten Fragen der auswärtigen und der inneren Politik in eingehender, vertraulicher Aussprache, an der sich alle Minister und Landesvertreter beteiligten, erörtert. Die Konferenz nahm mit Befriedigung von der Zustimmung Kenntnis, daß die Reichsregierung durchaus auf föderalistischem Boden stehe und die Rechte der Länder in keiner Weise antasten wolle. Der Reichskanzler betonte, daß die notwen-

dig gewordene Einleitung eines Reichskommissars in Preußen nur eine vorübergehende Maßnahme darstelle. Eine Ausdehnung dieser Maßnahme auf die anderen Länder komme nicht in Frage. Die Reichsregierung in den anderen Ländern Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Er erklärte namens der Reichsregierung ausdrücklich, daß die Reichstagswahlen programmäßig am 31. Juli stattfinden würden. Die Reichsregierung hoffte den Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg in den nächsten Tagen aufheben zu können. Soweit von den Ländern Bedenken gegen die Maßnahmen der Reichsregierung vorgebracht wurden, anerkannte der Reichskanzler dankbar deren sachliche Vertretung. Reichsregierung wie alle Landesregierungen waren sich darin einig, daß die Autorität der Reichsregierung und der Landesregierungen ungeschwächt aufrecht erhalten werden mußte. Zu diesem Zweck ist ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reich und Ländern beiderseits anerkannte Notwendigkeit.

Papenpläne nach dem 31. Juli

Der Streich gegen Preußen die Vorbereitung

Die auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei stehende Hamburger Korrespondenz erbringt in einem aus Berlin stammenden Artikel den Nachweis, daß die von Herrn v. Papen angegebenen Gründe zu seiner Gewaltaktion gegen die verfassungsmäßige preussische Regierung nicht die tatsächlichen Gründe, sondern nur Vorwände gewesen sind.

Zwar sei, so heißt es in dem Artikel, als Anlaß zu dem Einschreiten in Preußen die mangelnde Bereitschaft der bisherigen preussischen Regierung zu einer wirklichen energischen Abwehr der kommunistischen Intrigen angegeben worden. Aber dieser spezielle Anlaß habe sich natürlich kaum mit den wesentlich weitergehenden Zielen der Reichskanzler und seine Regierung bei ihrem jetzigen Schritt im Auge hatte. Der Nachweis der gegen hohe Posten erbobenen Verfehlungen solle im einzelnen noch geliefert werden, aber, so heißt es wörtlich in dem Artikel, „es ist schon jetzt deutlich zu erkennen, daß bei dieser außerordentlich weittragenden Aktion auch weitere Motive und zwar in auschlaggebendem Maße mitgesprochen haben. Man braucht sich nur an

die Gedankengänge zu erinnern, die bei dem Uebergang vom Reichsamt Brüning zum Kabinett Papen im Vordergrund standen und man wird deutlich sehen, daß die gründlich vorbereitete und planmäßig durchgeführte Verleitung der bisherigen preussischen Regierung zum Kernstück des politischen Gesamtplans der letzten Regierung gehört.“

In dem Artikel wird dann noch gesagt, es könnte nicht das Ziel der Regierung sein, eine Ueberleitung zum sogenannten Dritten Reich zu bilden, sondern vielmehr die nationalen wertvollen Kräfte, die in der nationalsozialistischen Bewegung vorhanden wären, die Mitarbeit und Mithatwirkung am Staatsweien zu gewinnen. In diesem Rahmen werde man auch die jetzt in Preußen durchgeführten Maßnahmen betrachten müssen, um ihren politischen Zweck deutlich zu erkennen. Die Maßnahmen, die die Reichsregierung jetzt in Preußen ergriffen habe, könne man annehmen als eine politische Vorbereitung auf die nach dem 31. Juli zu erwartende Entwicklung einschätzen.

Preußen - Reich - Staatsgerichtshof

Entscheidung des Staatsgerichtshofes Montag nachmittag 1 Uhr

Stuttg. 23. Juli. In der verfassungsrechtlichen Streitfrage zwischen dem Lande Preußen und den Fraktionen der Zentrum und der Sozialdemokratischen Partei des preussischen Landtags einerseits, dem Reich andererseits, hat der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes die Verkündung der Entscheidung über den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Montag nachmittag 1 Uhr festgesetzt.

Politische Schlägereien

Stuttg. 24. Juli. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag ereigneten sich in Wöblingen schwere politische Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Zwei Nationalsozialisten wurden schwer verletzt. Im Flughafen-Hotel in Wöblingen hatte sich eine größere Anzahl uniformierter Nationalsozialisten befunden, darunter auch auswärtige Gäste. Kommunisten hatten sämtliche Drüsenausgänge von Wöblingen besetzt. Um halb

3 Uhr früh mußte das Ueberfallkommando von Stuttgart alarmiert werden, um Ruhe zu schaffen. Einem Mann wurde eine gefährliche Selbstverletzung abgenommen. Mehrere verletzte Nationalsozialisten und Kommunisten wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Augustburg, 24. Juli. Im Hinblick auf eine nationalsozialistische Verammlung, in der Dr. Goebbels sprach, kam es bei der Abwehr auswärtiger SA-Mitglieder aus der Reichsstadt zu einem Zusammenstoß mit Kommunisten. Die Schutzpolizei eines nationalsozialistischen Autos wurde plötzlich eingemordet und dabei mehrere SA-Leute verletzt. Es ist hierauf ein Schuß von dem Landwehrmann durch den ein Mann leicht verletzt wurde. Schließlich entsann ein allgemeines Handgemenge, so daß die Polizei erst nach langer Dauer die Ruhe wieder herstellen konnte.

Major Anker in Darmstadt

Der Reichsbonnerführer Major a. D. Anker, gegen den ein Schutzhaftbefehl vorlag, hat sich, bevor ihn der Schutzhaftbefehl erreichen konnte, nach Darmstadt begeben. Da der Schutzhaftbefehl nur für den Bereich Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg Geltung hat, und ein richterlicher Haftbefehl nicht vorlag, ist es nicht möglich, Anker in Darmstadt festzunehmen.

Abjluß der Abrüstungskonferenz

Deutschland und Rußland gegen die Entschlebung
 Genf, 23. Juli. Der erste Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz wurde heute vormittag vom Hauptauschuss mit der Annahme der Entschlebung abgeschlossen.
 Gegen die Resolution stimmten zwei Staaten, nämlich Deutschland und Sowjetrußland. Es enthielten sich der Stimme acht Staaten. Für die Resolution wurden 41 Stimmen abgegeben. Zahlreiche Delegationen, die für die Resolution stimmten, erklärten, daß sie nur unter Vorbehalten annehmen.

Vor der Abstimmung hielt der Präsident der Konferenz, Henderberson, eine kurze Schlußrede, in der er auf die Bedeutung der Resolution hinwies und einen letzten Versuch machte, die Opposition gegen die Resolution zu brechen. In dem er die in der Präambel der Resolution enthaltenen Grundzüge aufzählte und erklärte, wer gegen diese Resolution stimme, sei auch gegen die Annahme dieser Abrüstungsgrundzüge.
 Nach Annahme der Resolution wurde das Küstungsfeierjahr vom 1. November 1932 ab um vier Monate verlängert. Nach kurzem Erklärungen Henderbersons, Sir John Simons, Gibbons, Benches, Sir Eric Drummond und Herricks wurde die Tagung abgeschlossen. Der Präsident teilte mit, daß das Büro der Abrüstungskonferenz am 21. September wieder in Genf zusammentreten werde.

Kundfunkansprache Borahs

Für Bereinigung der Reparationsfrage

Washington, 24. Juli. In einer Kundfunkansprache verteidigte Borah das amerikanische Reparationsübereinkommen gegen die in Amerika laut gewordenen Kritiken und Zweifel. Er betonte, daß die Amerikaner den Weg zu einer besseren Zukunft erfinden und, falls Amerika die Bedeutung der erzielten Regelung nicht erkennt, der ganzen Welt aus der gegenwärtigen Periode des Mißtrauens und Glaubens herauszuziehen. Er erklärte, daß die Amerikaner die Verantwortung für die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf sich nehmen und für die Zukunft der Zivilisation gefährlichen Verantwortungen übernehmen. Amerika werde sich nicht erholen, und weder die Welt noch die amerikanische Bevölkerung würden wieder aufleben, wenn nicht die internationalen Fragen endlich bereinigt würden. Borah schließt hierfür eine Weltkonferenz vor, die sowohl Schulden wie Zolltarife und Sicherungsfragen behandeln solle.

Ordnungsruf für Renaudel

Genf, 23. Juli. Die Interparlamentarische Union trat heute vormittag zu einer Sitzung außerhalb des Völkerbundsaushusses zusammen. Der Konflikt zwischen der französischen und italienischen Gruppe konnte nicht geregelt werden. Der Präsident der Union, Carton de Wiart, erteilte dem französischen Delegierten Renaudel einen Ordnungsruf. Renaudel erklärte jedoch, daß er den Ordnungsruf als unerschämlich ansehe. Die italienische Gruppe war der heutigen Sitzung ferngeblieben.

Protest aus Württemberg

Der Deutsche Republikanische Reichsbund Gau Württemberg hat an die Württembergische Staatsregierung folgendes Schreiben gerichtet:
 „Der Deutsche Republikanische Reichsbund Gau Württemberg erhebt Widerspruch gegen das verfassungswidrige und im Interesse des deutschen Volkstaates unverantwortliche Vorgehen des Kabinetts von Wapen gegen die verfassungsmäßige Regierung Preußens. Wir erwarten, daß das württembergische Staatsministerium mit allen Mitteln ähnliche Übergriffe auf andere Länder und insbesondere auf Württemberg verhindert und sich dafür einsetzt, daß rassistische wieder verfassungsmäßige Zustände in ganz Deutschland eintreten. Als dringendste Aufgabe erachten wir die unbehinderte und gesicherte Durchführung der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932.“

Abgestrafter Naziverleumder

Stuttgart, 23. Juli. (SP.) Der frühere Naziredeakteur Kaufmann in Heilbronn hätte sich wegen schwerer Verleumdung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ulrich verantworten, in dessen „Willa“ Feste und Gelage gefeiert werden seien und der ein liebgebührendes Mädchen seinen Eltern entfremdet haben sollte. Die Gerichtsverhandlung ergab, wie selbst der Angeklagte einräumen mußte, die völlige Unbegreiflichkeit aller ausgesprochenen Beschuldigungen. Ein vom Angeklagten in einem früheren Termin angenommener Vergleich wurde nicht ausgeführt, weshalb ihn das Gericht nun zu einem Monat Gefängnis verurteilte. Die vom Anwalt des Angeklagten erhobene Widerklage wurde kostenpflichtig abgewiesen.

Verbot eines Wahlplakates der Nazis

München, 23. Juli. Das Landgericht München I hat in der Verleumdungsklage Dr. Heide-Wagner gegen den nationalsozialistischen Gauleiter Wagner als Antragsgegner folgende einstweilige Verfügung erlassen:
 „Gauleiter Wagner wird bei Vermeidung einer Geldstrafe von unbestimmter Höhe oder einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden Fall der Zumberhandlung verboten, auf dem Wahl-

Manöver der KPD.-Führer

Gewissenlosigkeit statt Kampf gegen Faschismus

In den Arbeitermassen lebt ein tiefes Sehnen nach gemeinsamem Kampf gegen die Reaktion und gemeinamen Kämpfen um sozialistische Ziele, nach offener Bekundung von Klassenverbundenheit und Klassenbrüderlichkeit. Aus diesem Sehnen schöpft die Eisernen Front ihre innere Kraft und ihre ständig steigende Macht.

Die kommunistischen Führer haben versucht, aus diesem elementaren Sehnen ein Parteigeschäft zu machen. Das Erwachen der kommunistischen Arbeiter war ihnen gerade gut genug, um ein Manöver zu veranstalten. Dies Manöver sollte eine Form ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie sein. Die kommunistische Führung hat dies Manöver angewandt, sie hat die Kampagne gemacht, und — sie verliert sie! Denn stärker als die tatsächliche Rechnung der Arbeiter, das Sehnen und das Streben nach dem großen einheitlichen Block des Klassenbewussten Proletariats nach der einheitlichen Aktion. Die Arbeiter begreifen mit gesundem Klasseninstinkt, wo sie jetzt stehen und was sie zu tun haben — aber sie begreifen nicht die künstlichen Manöver der KPD.-Führer, bestimmt die Arbeiter auseinander zu halten.

Die kommunistischen Führer wissen, daß sie das Spiel verlieren. Der Beweis dafür ist ein Rundschreiben der kommunistischen Zentrale vom 14. Juli 1932. Es heißt dort:

„In der praktischen Durchführung der vom Zentralkomitee festgelegten Linie unserer Einheitsfrontpolitik sind in der letzten Zeit zum Teil unversöhnliche Fehler eingetreten, die die größte Nachlässigkeit der Partei erfordern, weil sie in keiner Weise den gefahnen Beschüssen unserer Partei entsprechen.“

Die unversöhnlichen Fehler finden die kommunistischen Strategen wie immer nicht bei sich selbst, sondern bei ihren örtlichen Organisationen und bei den Arbeitern. Die unversöhnlichen Fehler bestehen darin, daß örtliche KPD.-Organisationen und kommunistische Arbeiter wirklich ernst machen mit der Einheitsfront, indem sie heranzücken an die Eisernen Front. Das Rundschreiben der KPD.-Zentrale spricht davon, daß es eine Gefahr für die KPD. wäre, daß der Weg des geringsten Widerstandes in der Frage der Einheitsfrontbewe-

gung beschritten werde. Der Weg des geringsten Widerstandes — das ist eben die Einheitsfront! Sie meinen damit das Einreihen kommunistischer Arbeiter in unseren Kampf und in unsere Demonstrationen! Die kommunistischen Arbeiter sind sehr kritisch geworden gegenüber ihren Führern und so ordnet die KPD.-Zentrale an:

„Gegenüber Massenstimmungen, die gegenwärtig vorhanden sind, und die bis in unsere Reihen sich bemerkbar machen, für eine Einheitsfront um jeden Preis, über die Köpfe aller Führer hinweg um müssen wir mit eiserner Energie unsere revolutionäre Strategie und Taktik in den Massen vertreten.“

So ordnet die kommunistische Zentrale an: keine örtlichen Verhandlungen von KPD.-Organisationen mit Organisationen der Eisernen Front! Sie ordnet weiter an, daß gemeinsame Demonstrationen mit der Eisernen Front nicht stattfinden dürfen, daß es unzulässig sei, Vereinbarungen und Leitungen über die Veranstaltung gemeinsamer Demonstrationen von SPD. und KPD. herbeizuführen.

So lautet das Rundschreiben der KPD.-Zentrale über die Einheitsfrontpolitik schlichtlich bei der alten Parole:

Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie:
 „Die SPD. ist nach wie vor die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Unsere strategische Hauptaufgabe besteht nach wie vor darin, den Hauptstoß innerhalb der Arbeiterklasse gegen die SPD. zu richten,

„zur Loslösung von Millionen von Arbeitern von der Sozialdemokratie aus der Gefolgschaft dieser SPD.-Führer.“

Sie wagen es in der heutigen Situation den kommunistischen Arbeitern noch zu erzählen, daß die sozialdemokratischen Führer Sozialfaschisten seien. Aber den kommunistischen Arbeitern gehen die Augen auf. Sie sehen Erbitterung darüber, daß ihre Führer Einheitsfront sagen und nur ein Manöver meinen, um die Arbeiter-einheitsfront zu verhindern. Es gehen ihnen die Augen auf, daß die Eisernen Front die wahre Einheitsfront ist und daß hier der Block ist, wo sie heute zu stehen und zu kämpfen haben!

Tagesschau

Wien, 24. Juli. Da die Kassenlage auch im August die ungeteilte Auszahlung der Bezüge an die Bundesbeamten und die Pensionäre des Bundes nicht möglich macht, hat die österreichische Bundesregierung beschlossen, am 1. August 60 Prozent dieser Bezüge und den Rest um die Monatsmitte flüssig zu machen.

Die tschechoslowakische Regierung hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß sie sich dem französisch-britischen Vertrauensabkommen anschleibe.

New York, 21. Juli. Der Oberbürgermeister von New York, Jimmy Walker hat alle 147 000 Magistratsangestellten aufgefordert, einen Monat auf ihr Gehalt zu verzichten, um die Steuerlasten zu erleichtern. New York, so betont er, brauche dringend Geld, und dieses Opfer würde für die Stadt eine Ersparnis von 20 Millionen Dollar bedeuten. Gleichzeitig müsse er aber die Angestellten bitten sich schnell zu entschließen, sonst müsse die Stadt eine Gehaltskürzung vornehmen.

Partei-Nachrichten

Severing im Kundfunk

Zum Wahlvortrag des Gen. Severing am Samstag, 30. Juli, 7 bis 7.25 Uhr, wird uns vom Sozial. Kulturverband geschrieben: Für die Parteivereine empfiehlt es sich, den Vortrag des sozialdemokratischen Redners, der am Abend vor der Wahl stattfindet, abzuheben und zu diesem Zweck gemeinsame Hörabende zu veranstalten.

Achtung, Spitzel und Provokateure

Der Großberliner Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei hat für die Zeit vom 21. Juli bis auf weiteres mit Rücksicht auf die äußerst gespannte politische Situation eine Aufnahme-sperre beschlossen. Es werden bis auf weiteres nur noch Mitglieder aufgenommen, die der Partei von Parteifreunden zugeführt werden.

Der Spitzel soll verhindern, daß politische Spitzel und Provokateure Eingang in die Sozialdemokratische Partei finden.

Obermühlbach. Im überfüllten Gasthaus „Zum Löwen“ fand am gestrigen Sonntag eine Kundgebung der Eisernen Front statt. In einem wohlwollendsten Referat geisterte Gen. Drallinger-Karlruhe das derzeitige „System“ Wapen. Mächtig hallte das „Ich warte Dein“ der Arbeiterkämpfer wider. Disziplinrechner fanden sich nicht ein, so daß die Versammlung sachlich verlief. Soffentlich sind auch die Muschelbacher auf dem Damm, um am 31. Juli dem festigen „System“ die Quittung zu geben. Und der Verkauf der Versammlung dürfte schon jetzt dafür bürgen. Freiheit!

Plakat beginnt: „Der rote Severing“, die gegen Dr. Feld sich richtenden Säue weiterhin zu verbreiten, ferner wird 2. dem Gauleiter Wagner bei Weidung der angebrohten Strafen geboten, sofort auf allen schon angehängenen Plakaten die gegen Ministerpräsident Dr. Feld gerichteten Säue entfernen zu lassen.

Die faust hoch!

Ein Aufruf des Reichsbanners

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erläßt folgenden Aufruf:
 Die faust hoch!

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold steht mit allen Gliederungen geschlossen in der Eisernen Front. Die politische Marschkolonne ist vorgezeichnet. Der 31. Juli muß erweisen, daß der Stimmzettel härter ist als jede Gewalt. Kameraden! Haltet euch vor Spitzeln und politischen Agenten. Niemand anders als die Bundesleitung hat das Recht, im Namen des Reichsbanners zu sprechen. Von uns darf der Vorwand zur Verhinderung und Verhinderung der Wahl nicht geliefert werden. Aller Jörn und alle Empörung über das der preußischen Regierung Braun-Severing-Firtzfelder angetane Unrecht darf unser Handeln nicht beirren.

Am 31. Juli ist Jahrtag.

Die faust hoch!

Freiheit für Deutschland!

Gegen Wahlerror und Waffenmißbrauch

Köln, 24. Juli. Der Regierungspräsident von Köln hat aus Anlaß des harten Terrors, der im Wahlkampf von Ritaliefern einzelner Parteien gegen Angehörige anderer Parteien ausgeübt wird, die Polizeibehörden des Bezirks erneut angewiesen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den Auswüchsen entgegenzutreten und jedem den erforderlichen Schutz bei Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu gewähren. Eine Reihe von Maßnahmen sind in die Wege geleitet. Der Regierungspräsident hat ferner angeordnet, daß die Polizeibehörden bei allen Personen, die auf trügerischer Tat bei einem Vergehen oder Verbrechen betroffen werden, das mittels einer Waffe begangen ist, und bei Personen, die bei unbehütetem Führen einer Schusswaffe oder einer Stoch-, Stoch- und Stichwaffe oder bei Erschießen mit einer Waffe an öffentlichen Orten, bei politischen Anmahlungen betroffen werden, bis auf weiteres regelmäßig für volle drei Monate zu bemessen ist.

Das ist die Salem-Fabrik

Man kann eine 3 1/2-
 Zigarette nur rauchen, wenn sie mild ist.
 Aus diesem Grunde ist die meistgerauchte
 Zigarette Deutschlands
 die milde SALEM 3 1/2

Freistaat Baden

Der Führer auf 3 Tage verboten

Die Sprache des nationalsozialistischen Führers ist in den letzten Tagen dermaßen skandalös geworden, daß man bald die Frage aufwerfen mußte, wer eigentlich im Staate regiert. So hat er in der Sonntagnummer in einem Artikel „Was geht in Baden vor? Der Separatismus erhebt wieder sein Haupt! Wir fordern die sofortige Einsetzung des Reichskommissars für Baden“ einen dermaßen skandalösen Angriff unternommen, daß in allen Kreisen Badens die Frage aufsteigte, wie lange wohl die Geduld gegenüber diesem Treiben währen würde, da die Autorität der Regierung verloren gehen muß, wenn solche Art der Kampfesweise gebildet würde.

Die badische Regierung hat nunmehr, wie wir gerade vor Redaktionsschluss noch erfahren, den Führer auf 3 Tage für den 25., 26. und 27. Juli wegen Gefährdung wichtiger Staatsinteressen verboten.

Die Sozialdemokratie bei früheren Reichstagswahlen

(Statistische Feststellungen von Anton Weismann (Karlsruhe).)

Zahlen bedeuten bei Wahlen alles! Sie dokumentieren den Fortschritt oder Rückschritt einer Partei, die politische Stärke und den parlamentarischen Einfluß. Bei der Bildung der Kommissionen im Reichstag oder in den Länderparlamenten entscheidet die Stärke der Fraktionen, bei der Abstimmung über die Gesetze ist fast beeinflussend, wieviele Stimmen eine Partei dafür oder dagegen aufbringen kann. Bei der Regierungsbildung ist wiederum die Zahl der Abgeordneten der in Frage kommenden Partei maßgebend, wieviele Minister usw. ihr ausgestellt werden. Kurz: Zahlen regieren einfach die Wahlen! Sie sind der technische Ausdruck für die Verwirklichung der politischen Ideen!

Im nachstehenden ist nicht beabsichtigt, eine parteipolitische Geschichte der Reichstagswahlen in Baden zu schreiben. Nur einige Zahlen und Personenangaben sollen die Reichstagswahlen in Baden seit dem Jahre 1890 veranschaulichen, denn in diesem Jahr wurde zum erstenmal von Baden aus ein Sozialdemokrat — es war der verlorbene Genosse Dreesbach in Mannheim — in den deutschen Reichstag gewählt. Die Wahlergebnisse lassen sich für die badische Sozialdemokratie wie folgt feststellen:

Vor dem Kriege	
Wir erhielten:	
1874:	3516 Stimmen
1877:	3593 "
1878:	3803 "
1881:	4700 "
1884:	11027 "
1887:	13088 "
1890:	30094 "
1893:	37559 "
1898:	50329 "
1903:	72300 "
1907:	83386 "
1912:	117154 "

Also stetiger Aufschwung, der besonders markant im Jahre 1912 auftrat: eine Zunahme von 24 000 Stimmen seit der Wahl von 1907!

Nach dem Kriege und nach völliger Umgestaltung des Wahlrechts, der Einführung der Verhältniswahl und des Frauenwahlrechts

Gewerkschaftliches

Reichsbahn und freiwilliger Arbeitsdienst

Ämtlich wird durch das WTB mitgeteilt: In Pressemitteilungen wird behauptet, die Reichsbahn beabsichtige für regelmäßige Eisenbahnarbeiten, insbesondere für Oberbauunterhaltung in großem Umfang Kräfte des freiwilligen Arbeitsdienstes einzusetzen und dafür eigene Arbeiter zu entlassen. Diese Behauptungen sind unzutreffend. Nach Erklärungen der Reichsbahnhauptverwaltung und des Reichsverkehrsministers, die den Gewerkschaften gegenüber abgegeben worden sind, bestehen derartige Absichten nicht. Die gleichen Erklärungen sind gegenüber dem Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst abgegeben worden. Solche Arbeiten, durch die Arbeitskräfte aus dem normalen Arbeitsverhältnis verdrängt werden, könnten nach der Verordnung der Reichsregierung vom 16. ds. Mts. überhaupt nicht als Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes anerkannt werden. Ob außerhalb der regelmäßigen Arbeiten im Bereiche der Reichsbahn zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für den freiwilligen Arbeitsdienst gefunden werden können, wird die Reichsbahn zusammen mit dem Reichskommissar prüfen.

Erneuter Streikbeschluss der belg. Bergarbeiter

WTB La Louvière, 24. Juli. Unter den Bergarbeitern wurde heute abgestimmt, ob die Arbeit wieder im Streikbezirk aufgenommen werden sollte. 83 Prozent der Bergarbeiter stimmten jedoch für Fortsetzung des Streiks.

Aus aller Welt

11. Deutsches Sängerbundesfest

WTB Frankfurt a. M., 23. Juli. Heute vormittag wurde in der historischen Paulskirche eine deutsche Volkshundgebung veranstaltet. Weiter fand das erste Hauptkonzert des Deutschen Sängerbundes statt, an dem die Bünde aus Ostpreußen, der Pfalz und den anderen Gauen teilnahmen.

Deutsches Sängerbundesfest in Frankfurt

Frankfurt a. M., 24. Juli. Zum letzten Hauptkonzert des Deutschen Sängerbundesfestes waren 10 000 Sänger versammelt, die von den Bänden Alpenland, Bayern, Berlin, Brandenburg, Franken, Mitteldeutscher Sängerbund, Saar, Freistaat Sachsen, Provinz Sachsen, Anhalt-Thüringen und Ostpreußen gestellt wurden.

Als Abschluss des deutschen Sängerbundesfestes fand heute abend eine große Kundgebung im Palmengarten statt, die von der hiesigen Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland veranstaltet wurde.

Segelflieger tödlich verunglückt

Bei den Segelflugwettkämpfen in der Rhön ereignete sich ein tödlicher Sturz. Der junge Frankfurter Segelflieger Günther Groenhoff, der mit zahlreichen anderen Piloten auf einem „Falke“ zu einem Gewitterfrontflug startete, bemerkte kurz nach

hatte man mit höheren Zahlen zu rechnen. Es war auch die Unkenntnis von anderen Parteien bei den Stichwahlen beilegt, da diese nach dem jetzigen Wahlgesetz ausgeschlossen sind. Aber lassen wir gleichwohl auch hier die Zahlen sprechen.

Nach dem Kriege

Die badische Sozialdemokratie erhielt:	
1919 (Nationalversammlung)	366 824 Stimmen
1920 (Reichstag)	190 298 "
1924 (Mai)	142 801 "
1924 (Dezember)	198 593 "
1928	204 346 "
1930	210 549 "

Die ganze Stala der politischen Entwicklung Badens tut sich in diesen Wahlergebnissen auf; wie sie in Baden war, so war sie auch im Reich. Immerhin sei es sich, daß die badische Sozialdemokratie seit 1924 wieder in richtigem Aufschwung begriffen ist und unsere Abgeordneten?

Sozialdemokratische Vertreter nach dem Kriege waren in der Nationalversammlung: Ged. Mannheim, Stad. Heidelberg, Trints-Worheim, Küdert-Karlsruhe und Niedmiller-Emmendingen. — Im Reichstag: ab 1920: Ged. Schöpslin und Niedmiller. (Von der Unabh. Sozialdem. Partei: Ad. Ged. Offenburg und Schwarz-Mannheim.)

Ab 1924 (Mai): Ged. und Schöpslin.
Ab 1924 (Dezember): Ged. Meier und Schöpslin.
Ab 1928: Meier, Kemmele (Ged. 1928 f) und Schöpslin. — Zugleich wurde 1928 und 1930 Genosse Barum auf der Reichsliste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt.

Die Sozialdemokratie am 14. September 1930

Wie schon bemerkt, hat unsere Partei vor zwei Jahren 210 549 Stimmen erhalten. Das sind rund 18 Prozent der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen. Die Partei hat in sämtlichen Untabteilungen des Landes Stimmen erhalten: in zwei Bezirken (Mannheim und Worheim) ist sie als stärkste Partei aus der Wahl hervorgegangen. Die höchsten sozialdemokratischen Stimmzahlen wies die Bezirke mit großen Städten und Industriebevölkerung auf, wie Mannheim (46 731), Karlsruhe (32 899), Worheim (16 824), Heidelberg (15 028), Freiburg (12 771), während die ausschließlich oder vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirke wie Müllersdorf (201), Neßkirch (393), Buchen (518), Oberkirch (618) usw. zurückblieben.

Wirft man einen Blick auf die Wahlergebnisse in den einzelnen Gemeinden bzw. Wahlorten, so zeigt sich, daß die Partei in 1419 Gemeinden, d. h. 93,0 v. H. sämtlicher Gemeinden, Stimmen erhalten hat. In 88 Gemeinden hat die Partei mehr Stimmen erhalten als jede andere Partei. Mehr als 1000 sozialdemokratische Stimmen wurden in den nachstehenden 19 Gemeinden abgegeben: Ettlingen (1089), Kastatt (1187), Rehl (1242), Offenburg (1279), Lörrach (1283), Rheinfelden (1296), Lahr (1479), Sigen (1558), Emmendingen (1574), Weinheim (1844), Ronlkans (2625), Baden (3164), Durlach (3655), Seidelberg (9056), Freiburg (10 685), Worheim (10 959), Karlsruhe (21 423), und Mannheim (38 793). In 93 Prozent der badischen Gemeinden wurden am 14. September 1930 Stimmen für die Sozialdemokratische Partei abgegeben.

Die Mannheimer Polizei warnt

WTB Mannheim, 25. Juli. In den letzten Tagen bildeten sich verschiedentlich vor Häusern, aus denen politische Fahnen ausgehängt waren, Ansammlungen, die wiederholt zu Tätlichkeiten führten. Sollten sich die Ausschreitungen fortsetzen, so wird sich das Polizeivollzugsamt genötigt sehen, das Aushängen von politischen Fahnen aller Richtungen vorübergehend zu verbieten.

dem Abflug, daß sein Steuer beschädigt war. Er versuchte, sich mit dem Fallschirm zu retten. Dieser öffnete sich zwar, aber die geringe Höhe von 100 Metern, in der Groenhoff sein Flugzeug verließ, ließ den Fallschirm nicht seine Wirkung ausüben, und als Hilfe herbeieilte, fand man den Flieger mit gebrochenem Schädel dicht neben seiner Maschine tot auf.

Großfeuer in der österreichisch-bayerischen Grenze

WTB Weiskirchen, 24. Juli. Durch eine furchtbare Brandkatastrophe wurde der größte Teil des an der österreichischen Grenze gelegenen österreichischen Waldortes Kollerfeld vernichtet. In zwei Gebäuden brach gleichzeitig Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit über das Dorf ausbreitete. Feuerwehrmänner aus Österreich und Bayern eilten herbei, um sich an den Wärdarbeiten zu beteiligen. Trotz der größten Anstrengungen gelang es den Wehrern erst, das Feuer einzudämmen, nachdem 21 Anwesen den Flammen zum Opfer gefallen waren. — Zwei Personen werden vermisst. Drei Personen wurden mit schweren Brandwunden und Rauchvergiftungen ins Krankenhaus gebracht. Zahlreiches Vieh kam in den Flammen um. Da das Feuer in zwei Häusern ausbrach, die auf verschiedenen Seiten der Dorfstraße lagen, wird Brandstiftung vermutet.

Kleine bad. Chronik

Das Großfeuer in Bretten

WTB Bretten, 23. Juli. Durch das Brandunglück in der vergangenen Nacht sind neun Familien obdachlos geworden. Das Feuer kam im Lagerraum der Spitalmühle von Karl Haardt zum Ausbruch und verbreitete sich mit unheimlicher Schnelligkeit. Einzelne Bewohner der vom Feuer ergriffenen Häuser wurden sogar im Schlafzimer von den Flammen überrascht und konnten nur mit knapper Not das nackte Leben retten. In einem Fall hatte das Feuer bereits das Bett eines jungen Mannes ergriffen. Der seit langem bettlägerige Privatlehrer Antonreth wurde von Sanitätsmannschaften ins Freie gebracht. Am Brandplate erschienen bald Landrat Dr. Verhoff und Bürgermeister Schemenau. Die Wehren machten unermüßliche Anstrengungen, um des Feuers Herr zu werden. Der Gebäudeschaden allein wird auf etwa 100 000 Mark beziffert. Die Stadt wird eine Hilfsaktion einleiten.

Redarets, 23. Juli. (Zur Familienschlacht in Redarets.) Die Leichenschau ergab bei dem getöteten Ludwig Robert 59 Schrotkugeln an Brust und Hals. Der Täter hat sich inzwischen freiwillig der Behörde in Mosbach gestellt.

Weinheim, 23. Juli. (Mordverdacht.) — Beim Flugversuch tödlich verunglückt. Am Freitag nachmittag wurde der 63 Jahre alte verheiratete Landwirt Jakob Koch aus Ludenburg wegen Mordverdacht verhaftet und zur Vernehmung auf das Dienstzimmer der Gendarmerie im alten Rathaus verbracht. Dort sprang er aus einem offenen Fenster des im zweiten Stockwerk gelegenen Zimmers auf die Straße, wo er schwerverletzt liegen blieb. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb Koch.

Niesingen (Am Bretten), 23. Juli. (Einbruch ins Rathaus.) Heute nacht wurde im hiesigen Rathaus ein Einbruch verübt. Die Beute betrug etwa sieben Mark.

Mannheim, 23. Juli. (Amazonenschlacht.) Auf der Straße zwischen G 5 und 6 kam es gestern abend zwischen drei Frauen im Alter von 19 und 27 Jahren zu einer Schlägerei, wobei alle drei infolge Verwendung harter Gegenstände leichtere Verletzungen davontrugen.

Faerberhölzchen, 23. Juli. (Großfeuer.) Die der Scheune der Witwe Mehlner brach nachts Feuer aus, das auf das Wohnhaus übergriff und das ganze Anwesen in Schutt und Asche leate. Ein anstehendes Wohngebäude wurde schwer durch Wasser beschädigt. Ein Teil der Einrichtungsgegenstände konnte in Sicherheit gebracht werden, dagegen fielen ein Schwein und Geflügel dem Feuer zum Opfer. Die Brandursache ist noch nicht aufgeklärt.

Letzte Nachrichten

Nationalistische Wegelagerer

Sozialdemokratischer Abgeordneter mißhandelt

Nach einer Meldung aus Reidenburg in Ostpreußen ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Jaeger, der über das Thema „Kampf dem Faschismus“ sprach, nach der Versammlung an der Stelle des ihn begleitenden Gendarmeriehauptmanns von dem Wertschlag von „Andergegnen“ überfallen und mit Knütteln und Faustschlägen schwer mißhandelt worden. Jaeger mußte in ärztliche Behandlung geschickt werden.

Politische Sabotage?

WTB Berlin, 24. Juli. Die von den drei Großdeutschen Verbänden der Deutschnationalen Volkspartei gesteuert im Grenzgebiet veranfaßte Kundgebung, bei der Dr. Eugen Petersen sprechen sollte, wurde unerwartet gestört. Die Antrache des Petersen konnte nicht stattfinden, da durch einen plötzlich eingetretenen Fehler in der Lautsprecheranlage ihre Übertragung unmöglich war. Kurz vor Beginn des offiziellen Teiles wurde gestoppt, daß der Kondensator nicht in Ordnung war. — Als nach der Veranstaltung die Teilnehmer abmarschierten, lekte plötzlich die Lichtanlage fortwährend in kurzen Abständen aus. Das Licht erlosch zeitweise in Dunkel gehüllt. Der Menge bemächtigten sich große Erregung. Man vermutet, daß es sich um eine bewußte Störung handelte.

Ein politischer Jammerlappen

Der frühere Geschäftsführer der Staatspartei und gegenwärtiger Regierungsrat in der Presseabteilung der Reichsregierung, Dr. Stephan, hat kurz nach dem Gewaltakt der Papenregierung gegen die preussische Staatsregierung seinen Austritt aus der Staatspartei erklärt. Wie es heißt, hofft dieser Demokrat von gestern durch seinen Austritt aus der Staatspartei in der Preußen der Papen und Brodt Karriere machen zu können.

Gegen die republikanische Presse

Berlin, 24. Juli. Der Militärbefehlshaber hat das Erscheinen der Berliner Volkszeitung wegen des Artikels „Berren und Laufen“ in der Nummer vom 24. Juli auf die Dauer von fünf Tagen verboten.

Kiel, 23. Juli. Die in Kiel herausgegebene sozialdemokratische Schleswig-Holsteinische Volkszeitung wurde auf die Dauer von fünf Tagen verboten.

Kottbus, 23. Juli. Auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli wurde heute eine Durchsuhung der Räumlichkeiten der Württembergischen Volkspartei vorgenommen. Den Besuchen auf dieser Maßnahme gab die Tatfrage, daß am 1. Juli ein Reichsbannermann auf dem Hofe der Württembergischen Volkspartei geladene Armeepistole abgenommen wurde. Die Hausdurchsuhung ohne Erfolg.

Altonaer Vernehmungen abgeschlossen

Altona, 23. Juli. Im Ermittlungsverfahren wegen der blutigen Vorfälle in Altona sind die Vernehmungen der 92 vorerheblichen Personen abgeschlossen. Gegen 71 Beteiligten wurde richterlicher Haftbefehl erlassen. Die übrigen 21 Personen wurden wegen ungelösten Tatverdachts freigelassen. Die neuen Feststellungen des Gerichts, insbesondere die erfolgte Ortsbestimmung durch Vertreter des Gerichts und der Staatsanwaltschaft, lassen es als fast sicher erscheinen, daß es sich um planmäßige Anarhie gehandelt hat. Die Staatsanwaltschaft wird in Kürze Antrag auf gerichtliche Bußunterbindung stellen. Wo dafür die Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird ein Schnellgerichtsverfahren einleiten.

Mecklenburgs Naziregierung kürzt Beamtengehälter

Hilfers „Liebesgabe“ an die Beamten
Die Naziregierung in Mecklenburg-Strelitz hat eine Verordnung erlassen, wonach für das Rechnungsjahr 1932/33 vom 1. August 1932 ab, die Dienst- und Versorgungsbezüge der Staatsbeamten um weitere 2,5 Prozent gekürzt werden; für Bezüge und Versorgungsbezüge, die keine Kinder zu versorgen haben, erhöht sich die Kürzung auf 5 Prozent.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ein Zwischenhoch hat uns gestern Aufbesserung gebracht, nachdem es am Samstag noch zu verschiedenen gemäßigten Schauern gelagert war. Heute morgen hat sich eine Zirkone, die gestern noch Besatz und Schottland lag, mit höchstem Kurs (soweit es sich um Arbeit, daß demaritimem Zufüllen ihrer Bordenleite im Meer stehen und über England zu verbreiteten Niederdrückungen überziehen) mit dem weiteren Vordringen der Zirkone fest um erneut zu schlechterung des Wetters bevor, die sich noch heute — von den wittern eingeleitet — vollziehen wird.
Wetterausblick für Dienstag, 26. Juli. Wolkig und zeitweilig Regenfälle, zum Teil gemittirter Art. Kühl bei meist lebhaften Westwinden.

Wasserstand des Rheins

Boief 200, Waldshut 420, Schutterinsel 298, Rehl 438, Mannheim 548.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Verdingungsseiten. 22. Juli: Hulda Sof. Jahre alt, Witwe von Karl Sed. Kaufmann. Beerbigung am 23. Juli, 15 Uhr, in Wühlburg. Bernhard Böner, 55 Jahre alt, Hilfsarbeiter, Ehemann. Beerbigung am 24. Juli, 18 Uhr in Wühlburg. — 23. Juli: Jita, 2 Monate, 15 Tage alt, Vater Brüderle, Landwirt in Sinsheim.

Deranstaltungen

Montag, 25. Juli:
Sommeroperette: Volksbühne 3. 20 Uhr.
Gloria-Ballet: Liebeskommando. Weltprogramm.
Kammer-Vorstellung: Kriminalreporter Polm. Weltprogramm.
Rheins-Bühne: Ein toller Einfall. Weltprogramm.
Ballet-Vorstellung: Das Geheimnis der roten Kappe. Weltprogramm.

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1655 Dichter Friedr. v. Logau. — 1826 Russischer Dichter Puskin hingerichtet. — 1867 Marx vollendet „Das Kapital“. — 1870 französischer Arbeiterdichter P. Dupont. — 1914 Aufruf der SPD gegen drohenden Weltkrieg. — 1919 Erzberger-Entlassungen über Kriegsverlängerer.

Die politischen Vorgänge im Reich und in Preußen

Trotz der Anspannung in der Arbeit, trotz der tagtäglichen Inanspruchnahme durch die Agitation, trotz des dauernden Kampfes für die Freiheit, vergißt und vernachlässigt die Sozialdemokratische Partei nicht die innere Aufklärungs- und Organisationsarbeit. Noch klug in allen Genossinnen und Genossen das Ergebnis der prächtigen Demonstration am Samstagabend im Stadion der Freien Turner nach, und schon versammelte sich Sonntag früh die Mittagsgesellschaft erneut im Saale des Elekanten, um aus dem Munde des Landesvorsitzenden und Mitgliedes des Parteiaususses, Gen. Landtagsabgeordneter Reinhold, Aufklärung über die Vorgänge dieser Woche im Reich und in Preußen entgegenzunehmen. Neues Rüstzeug, neue Munition für den Entscheidungskampf zu beschaffen, das war der Zweck dieser Versammlung, der auch voll erreicht wurde.

Nach einleitenden Begrüßungsworten des Parteivorsitzenden Genosse Koch, der auf den Ernst der Situation hinwies, schilderte Gen. Reinhold in ruhiger und sachlicher Weise die Ergebnisse der vergangenen Woche. Wenn die Reichsregierung das Demonstrationsverbot wieder ausserproben und in Preußen gegen die sozialistischen Minister vorging, so ist das nur ein Zeichen der Angst vor der immer härter in die Erscheinung tretenden Eisernen Front. Die Nationalsozialisten waren in die Defensive gedrängt worden. Der Redner gab in interessanter Weise nähere Aufschlüsse über die Vorgänge in Berlin. Wir machten es wie während des Sozialistengesetzes: eine Regierung, die glaubt, mit Nadelstichen oder Entlassungen von Regierungs- und Polizeipräsidenten und Oberpräsidenten, die Sozialdemokratie schädigen zu können, lassen wir aus. Traurig und trübend ist die Haltung der Kommunisten. Erst schreiben sie, der „Blutbund“ Severing, der „Arbeitererräter“ Braun usw. sie beteiligten sich am Volksentscheid zur Beibehaltung der Braun-Regierung und dann, nachdem die Papenregierung den Kommunisten den Gefallen tat, und Braun und Severing absetzte, schreiben sie: Generalstreik! Solche Manöver können nur den Zweck, verantwortungsbewusste Sozialdemokraten nicht mitmachen. Wir lassen uns das Gefäß des Sandels von den politischen Gegnern nicht vorstreifen! Ein gutes Beispiel für unsere Haltung stieferte uns unsere Ruderspartei in Oesterreich. Die Partei darf sich nicht provozieren lassen, aber sie wird zusehen, wenn die Gegner anreifen. Man möchte ja nur diesen Vorwand zum Vorgehen haben.

Wir haben keine Urlande, süddeutsche Staaten vom Reich loszutrennen. Diesen Weg werden wir nie beschreiten. Die süddeutschen Staaten mit ihren demokratischen Einschlägen müssen dem deutschen Gesamtproletariat viel mehr, wie ein süddeutsches Sonderstaatsgebilde. Aber der Ausfall der Reichstagswahl muß zeigen, daß die deutsche Republik, die demokratische Verfassung nicht niederzurufen sind. Wir kommen jetzt erst in die entscheidenden Kämpfe hinein und deshalb ist Geschlossenheit und gegenseitiges Vertrauen erstes Erfordernis. Der deutsche Proletariat wird seinen im Interesse des gesamten internationalen Proletariats. Die wichtigsten Darlegungen des Genossen Reinhold fanden lebhaften Beifall. — Eine Zusammenfassung über die Ausführungen des Redners wurden einstimmig abgelesen.

In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, kam zum Ausdruck, daß die Verammlung dem Referenten in der Forderung zustimme, daß die Arbeiterklasse äußerste Disziplin zu üben habe. Den gegenwärtigen Nachbarn dürfe keine Gelegenheit gegeben werden, die am 31. Juli fälligen Reichstagswahlen zu verhindern. Sollte der Faschismus den Bürgerkrieg entfachen, so sei die Arbeiterklasse entschlossen, bis zum letzten Atemzuge die Freiheit unter Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen.

Mit anfeuernden Worten, nun mit aller Kraft und Energie an die Arbeit der letzten Woche zu gehen, und einem dreifachen wuchtigen Freiheitsschrei Gen. Koch die Verammlung. Das Lied „Rüber zur Sonne, zur Freiheit“ verließ der Stimmung der Genossinnen und Genossen hörbaren Ausdruck. Ein Spaziergang durch die Kaiserstraße schloß sich an.

Theaterstück für Erwerbslose

Als stärkenden Abschluss der Sommerarbeit gab der Arbeitsausschuß für Bildungsmaßnahmen der Karlsruher Volksgemeinschaft durch seine Theatergruppe letzten Freitag einen feierlichen Theaterabend. Die Mitglieder luden alle Erwerbslosen ein und der Saal des Studentenkaufes konnte die Gäste kaum fassen. Mit humorvollen, gemäßigten Worten warf Herr Kurt Amerbacher, sachlich Leiter und Anführer, einen Blick rückwärts und vorwärts und auf das, „was jetzt kommt“; dann bekam man noch einiges Ernstes zu hören über die Arbeit der Bildungsgemeinschaft. Kurz und gut: Der Mensch lebt nicht von Brot allein... er braucht auch geistige Ernährung, etwas, das ihn der traurig-lustigen Welttheaterbühne entzieht, und da kam „Deine Frau, die Gesellschaft“, so hieß nämlich das Stück, gerade recht. Der dreifache Schwanz war ein guter Vertreter seiner Klasse. Es war Leben in dem Stück, dem sich die Spielenden freudig hingaben, galt es doch auch, Leidenskolleginnen und Kollegen veranlaßt zu machen. Das wurde voll auf erreicht, wofür die reichlich Beifall spendende Hörerschaft Argument genug war. Dazu kam noch, daß sich der Harmonikastrelina Karlsruhe in ungeläufiger Weise zur Verfügung gestellt hatte. Von der umsichtigen Leitung und vollbildigen Aufführung Herrn Baumgartners gefühlvoll entlegte Rede. Vor allem: Der Ring spielte gern, sehr gern. Er machte jedem eine große Freude. Der ganze Abend war eine innere Befriedigung und Befriedigung unter dem Protektorat der Göttin der Freiheit.

Alle, die an dem Abend mitgearbeitet haben, mögen ihren Dank vor allen Dingen auch darin sehen, daß sie im Rahmen einer formvolleren Veranstaltung mitwirken durften, sich selbst und ohne weitaus dem schauenden und hörenden Publikum, beide vom Schicksal der Erwerbslosen gleich hart getroffen, Kraft und Innigkeit gestärkt zu haben, die wieder einermachen auf Kos hilft. Jetzt steht nur noch ein stabiler Satz der Unterstützung zur Auskömmlichen Lebensform, denn bei aller Waise wollen wir am Ende doch das physische nicht allein leben kann, so ist mans vom Geist allein erit recht nicht bestial. Schließlich und endlich könnte es mal anders werden! — Wir hoffen, daß wir die Wende noch erleben, das ist unser einziger Wunsch.

Eiserner Freiheitswall

Die Kundgebung der Eisernen Front am Samstag — Trotz strömenden Regens Massenbeteiligung Keine Zeit mehr zum Reden, sondern nur noch zum Handeln! — Hört es, ihr Hakenkreuzler!

Einen unbesonnenen Trotz gegen Weiterunbilden verrieten die Teilnehmer der Massenkundgebung am letzten Samstagabend auf dem Stadion der Freien Turnerschaft. Gerade um dieselbe Zeit, als es sich zu rüsten galt für die Demonstration, schüttete es in einem Ausmaß und von einer Dauer, daß man hätte glauben können, das ganze Wolkenmeer wollte sich entleeren. Diese „feindliche“ Behandlung durch den Wettergott beeinträchtigte natürlich den Besuch der Kundgebung. Aber „Wir verlagern Regen und Wind“, so heißt es in einem Wanderlied und so handelten auch mehrere tausend Republikaner und Republikanerinnen, vornehmlich die Kämpfer der Schule, Stafa und der Eisernen Front und manderien, Regen und Wind trotzend, und über diese beiden unerwünschten Gesellen schenken, hinaus zum Platz der freien Turner. Die Papenregierung hat das Demonstrieren auf der Straße beinahe vollständig verboten, so daß der Weg nach dem Versammlungsort nicht in geschlossenen Kolonnen, sondern meistens in Form gruppenweiser „Spaziergänge“ vor sich ging. Aber auch dieser „Spaziergang“ drückte vor wie auch nach der Kundgebung vielen Straßen der Stadt den Stempel auf, der auf „Freiheit“ war aberaufendlich zu hören.

Trotz Staatsstreik, trotz Demonstrationsverbot, trotz Regen, unbeugbarer Kampfeswille

Nun erst recht! Dieses Ergebnis feierten die ca. 3000 Teilnehmer durch ihr Erscheinen in die Tat um. Regendurchtränkt kamen die meisten an. Endlich gegen 1/2 Uhr siegte die Sonne und verbrännte das unerwünschte Maß. Immer noch erschienen Kämpfer und Kämpferinnen, der Regen hatte wohl ihr Erscheinen verzögert, aber nicht völlig verhindern können.

Der Einmarsch des Reichsbanners und der Eisernen Front in die Kampfstraße

Unter dem klingenden Spiel der voranmarschierenden Spielmannsabteilung des Reichsbanners erfolgte der Einmarsch in die große Spielstraße. Die Zeichen des Kampfes und des Sieges willens, unsere roten Fahnen mit den drei Heilen und Schwarzrot-Gold leuchteten aus dem Aufmarsch heraus. Vor dem Podium Halt! Die Massen gruppierten sich vor daselbst.

Genosse Heller eröffnete die Kundgebung mit dem Grabe „Freiheit“, der taufendfältigen Wiederhall fand. Er wies auf den bevorstehenden Entscheidungsmomente hin, zu dem es alle Kräfte zu sammeln gelte.

Gewerkschaften und Reaktion

Nicht lange Neben war das Motiv des Abends, sondern Aufrütteln zum Kämpfen zur Tat! Gen. Schulenburg sprach für den A.D.G.V. Wir sind uns mit unseren Brüdern in Preußen. Dieses Ergebnis fand begeisterte Unterzeichnung der Masse. Als Redner schilderte, wie die preussische Regierung abgesetzt wurde, erregte die Schandtat der hitlerischen Baronsregierung t a u s e n d f a c h e s J u h l , das sich zu einem flammenden Protest erhob, als Gen. Schulenburg die vorhabenden Schandtat der Hitler andeute, insbesondere die Gewerkschaften zu verbieten. Das verbrecherische Programm der Berliner Nazis, das wir auf der ersten Seite der heutigen Ausgabe des Wäheren besprechen, bezeichnete großer Heiterkeit seitens der Demonstranten. Man laßt eben über die Nazinarren, so ernst die Lage auch ist, Redner be-

Mehr Schutz unserer Polizei

In der Zeitschrift Die badische Polizei lesen wir folgenden der Freiburger Tagespost entnommenen Artikel, den auch wir vollauf unterstützen:

Mehr Schutz unserer Polizei

Anlaß zu diesem Artikel gibt mir der feige Überfall auf einen Polizeibeamten in einer der letzten Nächte in der Herrenstraße. Es ist dies in kurzer Zeit der dritte Überfall, was von dem friedliebenden Teil der Freiburger Bevölkerung sehr bedauert wird. Es ist zu hoffen, daß das Gerücht in dieser Angelegenheit mit aller Schärfe urteilt, ganz besonders, wenn es sich um einen politischen Fall handelt. In dieser unruhigen Zeit ist es eine Unvorsichtigkeit, im Nachdienst Einzelposten laufen zu lassen. Warum keine Doppelposten? An Mannschaften fehlt es sicher nicht, denn im Notfall könnte die Einsatzbereitschaft die Verstärkung stellen. Wer am Samstag gegen 22 Uhr den Platz vor dem Synagogenbau, beim Gewerkschaftsbau passierte, erklärte daselbst etwa 80-100 Personen, meist aus dem rechtsradikalen Lager, die die dort eine Versammlung abhaltenden Reichsbannerleute provozieren. Bewacht war der Platz von zwei (!) Polizisten, die im Ernstfalle dieser Lebermacht hätten weichen müssen. Darum heraus mit der Polizeireform! Oder will man warten, bis Hitler's SA die Polizeigewalt ausübt.

Öffentliche Eisenbahner-Kundgebung

Die Ortsgruppen Karlsruhe und Durlach des Einheitsverbandes veranstalteten am Dienstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, in der „Wahalla“ in der Angerstraße eine Kundgebung, die sich mit der augenblicklichen ersten Lage des Eisenbahnpersonals im Zusammenhang mit der sehr gespannt politischen Situation befaßt.

Das Referat hat der Verhandlungsvorsitzende und Reichstagsabgeordnete Franz Schefel, Berlin, übernommen. Es wird somit von berufener Seite umfassende Aufklärung und Klarheit für das Eisenbahnpersonal von Karlsruhe und Umgebung erfolgen.

Die Veranstaltung war durch einen starken Besuch zu einer wuchtigen Kundgebung worden.

Auch die übrige freizorgangene Arbeiter, Angestellten- und Beamtenchaft ist willkommen.

zeichnete die Nazibewegung als das was sie ist, nämlich als gelbe Gewerkschaften. Mit donnerndem Beifall quittierte die Menge das Versprechen, daß wir mit gleichen Waffen, die die Nazis gegen uns anwenden, heimzahlen werden. Was 1918 veräumt, könne nachgeholt werden. Wenn Gewalt seitens der Nazi Anwendung findet, so treten wir ihnen ebenfalls mit Gewalt entgegen. (Bravo!) Dieses Bravo bedeutete nicht nur Zustimmung, sondern zugleich die Versicherung, daß es auch geschieht. Das erhobte auch aus der Frage des Redners, ob wir noch länger zuwarten wollen, auf die ein einstimmiges Nein als Antwort folgte. Der Tag der Rache wird kommen! (Bravo!) Zum Zeichen des Gelübnisses, daß es gehandelt werden wird, wenn das Treiben der Nazis es erfordert, erhob die Masse die Hand und ein dreifaches Freiheit durchbraut vieltausendfach die weite Fläche.

Ein Bravo unserem Genossen Severing

Genosse Koch behandelte besonders die politische Seite der letzten Vorgänge im Reich und in Preußen. Er wies darauf hin, daß das Unerhörteste in der deutschen Geschichte geschehen ist, nämlich die gewalttätige Absetzung der Minister in Preußen, die gewalttätige Entfernung von Männern ohne Tadel. Ein Bravo unserem Genossen Severing, der nur der Gewalt gewichen ist! Diese Auslassungen wurden mit einem einstimmigen Bravo erwidert; wie aus einem Guss wurden die Worte der Anerkennung unterstrichen. Den Gewalttät, der von einem Major und 10 Mann ausgeführt wurde, empfindet die Arbeiterchaft wie Keulenanschlag. Es geht um Kopf und Kragen der Arbeiterchaft! Der Zorn der Zuhörer gegen die Nazibrat war angedeutet dieser Bestimmung deutlich zu erkennen. Daselbst traf zu als Redner davon sprach, daß die Nazis darauf eindreißt sind, alles niederzuschlagen, was nach Marxismus riecht. Empörung rief die Mitteilung hervor, daß der Führer von rotem Gefindel schrieb. Hätten die Goldschreiber des Führers diese Empörung wahrgenommen, vielleicht wäre es ihnen zum Bewußtsein gekommen, wie gemein und verlegend ihre Schreibweise ist. Sie hätten dann auch erfahren können, daß wirkliches Gefindel sich nur beim Hakenkreuz befindet.

Der Schwur zur Treue für die Republik

Als Redner anforderte, Schulter an Schulter zu kämpfen, damit der 31. Juli ein Sedan und Neua für die Hakenkreuzler werde und für die Republik einzutreten, so unter Leben dafür einzusehen, da erhob sich der Arm eines jeden und zur Befreiung der Ruf Freiheit!

Keine Zeit mehr zum Reden, sondern nur noch zum Handeln

Ein kurzes Schlagwort des Gen. Heller, in dem er besonders betonte und zwar unter dröhnendem Beifall der Menge, daß keine Zeit mehr zum Reden vorhanden sei, sondern das Handeln in den Vordergrund tretet, was einstimmigen Beifall fand, beendete die Kundgebung.

Abmarsch der Eisernen Front einschließlich des Reichsbanners und die Demonstrationsversammlung löste sich auf. In Massen, wie sie gekommen, strömten die Teilnehmer heimwärts. Der Abend hat gezeigt, daß das Karlsruher Proletariat zu demonstrieren versteht, trotz Regenwetter und trotz der von Hitler unterstützten Papenregierung.

Der organisierte Hausbesitz protestiert

Darf der Herr Oberbürgermeister den Hausbesitz, den Handel und die Gewerbetreibenden vergewaltigen?

Zu einer Versammlung mit obigem Thema hatte der Haus- und Grundbesitzerverein auf Freitag eingeladen. Der Eintragsaal, ohne Galerie, reichte völlig aus — sogar mit einigen Lüden — um den „protestierenden“ Karlsruher Hausbesitz, den Handel und das Gewerbe zu fassen. Arbüßel und Stadtrat Williet hielt die „Protestrede“. Wenn wir nur seinen ersten Satz erwänden, daß die Ereignisse auf dem Rathaus, die Festsetzung des Voranschlags durch den Oberbürgermeister am besten zeigen, wie weit die Sozialisierung schon vorgeschritten ist, so ist damit seine und seiner beifalltätigenden Hörer und die ganze Tendenz der Protestkundgebung genügend gekennzeichnet. Eine deutschnationale Verammlung, weiter nichts! Auch ohne, daß nur noch der deutschnationale Reichstagsabgeordneter Lang als weiterer Redner sprechen dürfte, hätte diese Feststellung gemacht werden müssen. Keine praktischen Vorschläge, wie der Voranschlag anders ins Gleichgewicht gebracht werden könnte, nur Kritik und Mörteleien an früheren Maßnahmen: Feuerwehrtarife, Auflösung der freiwilligen Feuerwehr, Dammertod, Waldring, Straßenbauten ins Leere, Vogelwarte; da hätte gepart werden sollen! Und selbstverständlich: Schärfster Kampf den Regiebetrieben! Das Niveau der Versammlung kann am besten durch die Feststellung gekennzeichnet werden, daß die Bemerkung des Herrn Lang, „man solle auch Bürgermeisterposten im Submissionswege vergeben“, den härtesten und nachhaltigsten Beifall fand! Kein, solch einem Bürger-Sozialbürgertum ist wirklich nicht mehr zu helfen. Ein hoffnungsloser, total hoffnungsloser Fall!

Nachher für die Mieter! Bei der Landesversammlung der badischen Mieter, dem badischen Mietertag war trotz ausdrücklicher Einladung nicht eine einzige bürgerliche Zeitung vertreten, auch die Badische Presse nicht. Bei der Versammlung der Hausbesitzer sah der Vertreter der Badischen Presse aber am Vorstandstisch! Ja, ja, die Neutralität der Badischen Presse, Stadtrat Lang meinte, der deutsche Bürger schäme! Wollen nicht nur weniastens die Mieter aufwachen?

(*) Stellenlose Jungakademiker. Es besteht an der Technischen Hochschule Karlsruhe auch im kommenden Wintersemester für stellenlose Jungakademiker die Möglichkeit des gebührenfreien Besuches von Vorlesungen. Es ist außerdem daran gedacht, kostenlose Sonderkurse einzurichten, wenn sich eine Notwendigkeit dazu ergeben sollte. Vorschläge und Anmeldungen sind zu richten an die Beratungsstelle für stellenlose Jungakademiker, Karlsruhe, Studentenhaus.

Eine Schwarzbrennerei ausgehoben

Am Samstag vormittag hob die Gewerbebehörde unter Mitwirkung eines Sachverständigen der Zollfahndungsstelle in der Viktorialstraße hier eine Schwarzbrennerei aus, die von ihr in den letzten Tagen ermittelt worden war. Die Täter, ein Metzger und ein Schlosser, wurden von der Polizei festgenommen und nach Einsperrung ins Bezirksgefängnis eingeliefert. Im Laufe des Nachmittags wurde die beschlagnahmte Einrichtung von der Polizei abmontiert und samt dem beschlagnahmten Branntwein sichergestellt.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Ueber Samstag und Sonntag ereigneten sich in hiesiger Stadt nicht weniger als 15 Verkehrsunfälle. Glücklicherweise gab es nur Sachschaden und in 2 Fällen leichte Verletzungen von Beteiligten.

Festgenommener Einbrecher

Im Keller eines Hauses in der Adlerstraße wurde am Sonntag ein 23jähriger Koch festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert. Der Festgenommene, der verschiedenes Einbrechwerkzeug bei sich führte, hatte in dem Haus verschiedene Zimmer von Hausangehörigen durchwühlt und daraus Geld und sonstige Gegenstände entwendet.

Einbrüche

In der Weststadt wurden in der Nacht zum Sonntag ein Kubhaus und ein Verkaufsbüschchen erbrochen und daraus verschiedenes Gegenstände entwendet.

Tierquälerei

Ein 18jähriger Metzger und ein 18jähriger Maler aus der Herrenstraße in Durlach wurden angeklagt, weil sie am Sonntag abend in einer Gartenwirtschaft in Durlach eine Kiste durch Tritte solange mißhandelten, bis sie zerbrach.

Drei Personen gelangten zur Anzeig, weil sie verschiedene Straßen im Weiberfeld mit Wählparolen beschmiereten.

Dienstag-Sonderkonzert im Stadtpark. Am Dienstag, den 26. ds. Mts., von 20-22½ Uhr, findet anlässlich des in Karlsruhe stattfindenden 30. Verbandstages des Deutschen Reichsverbandes der Handelsschüler und Kabattsparevereine vom Philharmonischen Orchester unter der bewährten Leitung seines Dirigenten, Herrn Kapellmeister Franz Dolegal, ein Sonderkonzert statt. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß abends jeweils die billigsten Eintrittspreise Geltung haben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Schulung 1 und 2. Dienstag, 26. Juli, 5 Uhr abends Volkshalle, Augustenstraße, Auftreten in Uniform.

Küppurr

Öffentliche Versammlung der Sozialdem. Partei.

Die am Samstag abend einberufene öffentliche Wahlkundgebung der SPD. Küppurr erfreute sich eines sehr guten Besuches. Erfreulicherweise hatte sich auch der Arbeitergesangsverein mit seinem gemischten und dem Männerchor zur Verfügung gestellt und damit bekundet, daß er auch in seiner Weise den Platz in der Kampffront der Arbeiterklasse einzunehmen bereit ist. Unsere Eintinger Eiserne-Front-Kameraden hatten es sich nicht nehmen lassen, die Versammlung zu besuchen und so konnte Gen. Lohmann-Frozheim nach einem von den Arbeiterjüngern sehr schön vorgetragenen „Widder, zur Sonne“ vor etwa 400 Besuchern sein Referat beginnen. Gen. Lohmann geniesst den Ruf eines guten Redners. Er bestrich die Situation der Arbeiterklasse zum 31. Juli gezeichnet. Eine Wiedergabe des Festhaltens aber ist unbedeutend, daß Gen. Lohmann die Bedeutung dieses Kampfes des Proletariats in einer Weise unterstrich, die jeden Versammlungsbesucher nicht darüber im Unklaren ließ, daß es erwärmende Freiheit wäre, jetzt abseits zu stehen und grenzenlose Verantwortungslosigkeit derjenigen, die immer noch glauben, „es ginge auch ohne sie“. Es waren herzerfrischende Töne, die Kampfbild werten und es war auch ehrliches Bedürfnis, dem Gen. Lohmann durch reichen Beifall zu danken. Gen. Hahn und Gen. Sievers, letzterer für die Eiserne Front Küppurr, richteten einen letzten Mahnruf vor der Wahl an die Versammlung zur aktiven Mitarbeit. Nach zwei Vorträgen der Sänger und dem gemeinsam gesungenen Schlußlied der Internationalen schloß die gut verlaufene Kundgebung mit dem Kampfruf: „Freiheit!“

Und nun: Föhnen heraus und die letzten Tage genüß!

Aus der Stadt Durlach

Rundgebung der Eisernen Front

Zu einer Kundgebung im großen Saale der Festhalle hatte am letzten Samstag abend die Kampffront der „Eisernen Front“ aufgerufen und überaus zahlreich waren die Wähler und Wählerinnen dem Rufe gefolgt, so daß der geräumige Saal bis zum letzten Platz besetzt war. Gen. Kimmelman - Karlsruhe, der Referent des Abends, nahm sich ganz besonders das von den Nationalsozialisten gegen uns aufgestellte „Einderegister“ vor, um es einfach den Tatsachen gegenüberzustellen, um als wirkungsvollste Wführung der Dramatik von rechts ihren großartigen Schlagworten wie „Schluß mit den Reparationen“, „Zerreißen des Reiches“, „Einderegister“ usw., mit den Interviews, welche Hitler ausführenden Journalisten gab, und mit der Haltung der von Hitler „losgelassenen“ Papenregierung auf der Konferenz Reparationskonferenz in Gegenwart der Welt zu bringen. Sein Referat klang in einem temperamentvollen Appell an die Erschienenen aus, am Montag und bis zum Montag ihre Pflicht zu tun. Im gleichen Sinne richtete nachher noch Gen. Pellegrini anerkennende Worte an die Jungwähler. Hierauf folgte die Vorführung des „Roten Faden“, welche außerordentlich beifällig aufgenommen die Zuhörer bis gegen 12 Uhr zusammenhielt.

Spiel- und Sportfest der Volks- und Mädchenbürgerschule
Auch dieses Jahr hat das Spiel- und Sportfest der Volks- und Mädchenbürgerschule seine große Anziehungskraft auf die Durlacher Bevölkerung bewiesen. Die eigentlichen sportlichen Leistungen waren am Vormittag zu schauen. Schon um 7 Uhr mußte

mit den Wettkämpfen — Schachspiel der Knaben und Schachspiele der Mädchen — begonnen werden, denn es lagen hierzu rund 400 Meldungen vor gegen 200 im vergangenen Jahr. Die auffallend hohe Zahl der Wettbewerber kommt daher, daß jetzt nur noch ein schwacher Kriessjahrsrang (8. Schuljahr) vorhanden ist, während es 1931 noch zwei waren. Es haben dieses Jahr aber auch verhältnismäßig mehr Schüler die Vorbereitungen erfüllt, um an dem Wettkämpfen zuzuschauen. Ein Beweis dafür, daß dem Turnen und dem Sport von Seiten der Schule die nötige Pflege zuteil wird, zum andern auch, daß der sportliche Geist bei der Jugend im Wachen begriffen ist. Hierzu tragen sicherlich auch die Durlacher Turn- und Sportvereine bei, die mit ihren großen Veranstaltungen während für die sportliche Betätigung aufstehen. Das ist im Interesse der Volksgesundheit, der Willensbildung und im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit nur zu begrüßen; denn ein richtiger Turn- und Sportbetrieb bildet ein Gegengewicht gegen die moralischen und seelischen Gefahren, welche die Beschäftigungslosigkeit im Gefolge hat. Im allgemeinen wurden recht schöne Leistungen geboten und die Siegetabelle weist eine stattliche Liste von Siegerinnen und Siegern auf.

Nachmittags 4 Uhr fand bei prächtigem Wetter die Abschlußveranstaltung statt. Eingeleitet wurde sie durch einen dreistimmigen, unter Leitung von Herrn Ruder frisch und rein gesungenen Turnermarsch, dem ein Singpiel der 4. Mädchenklasse folgte. Auch die 5. Mädchenklassen warteten mit einem Singpiel auf, während die 6.-10. Mädchenklassen einen Volkstanz aufführten. Sowohl die ammutigen Vorbereitungen der Mädchen, als auch die Spiele der 4. und 5. Knabenklassen, die vielfach Beifall auslösten, fanden freundliche Aufnahme beim Publikum. Unter größter Spannung bei der Schlußfeier wurden die Staffelläufe der 6. und 8. Knaben- und Mädchenklassen ausgetragen. Schluß- und Glanzpunkt waren wie immer die Freiübungen, die auch dieses Jahr wieder ein imposantes Bild boten. Schon der erste Aufmarsch von mehreren Hundert Knaben und Mädchen wirkte so eindrucksvoll, daß eine große Stille eintrat und man mit voller Aufmerksamkeit dem herrlichen Schauspiel zusah. Es zeigte sich auch hier erneut, daß von einem gut geleiteten Wettkampfspiel eine lustige Wirkung auf die Zuschauer ausgeht und man mußte an den mit großer Präzision und turnerischer Gewandtheit ausgeführten Übungen, die von den Klängen des Instrumentalmusikorchesters begleitet waren, seine Freude haben. Deshalb klang auch das Publikum mit seinem Beifall nicht.

Nachdem Herr Direktor Böhringer die Siegerehrung vorgenommen und in kurzen, markanten Worten zu der Jugend gesprochen hatte, sie zu weiterer Arbeit und zu sportlicher Betätigung im Geiste deutschen Volkstums ermahnen, beschloß das Deutschlandspiel des 10. und eindrucksvoll verlaufene diesjährige Spiel- und Sportfest. In geschlossenem Zuge und in strammem Turnerschritt ging es unter Vorantritt des Instrumentalmusikorchesters in die Stadt hinab bis zum Leopoldplatz, wo die fröhliche Jungfräule sich nach allen Richtungen zerstreute. Wenn das Turn- und Sportfest einen so befriedigenden Verlauf genommen hat, so ist dies neben der zielbewussten Arbeit der einzelnen Turnlehrer auch der Seilwirkung zu danken, die in Fraulein Diemer und Herrn Wein bei zwei erfahrenen und erprobten Vertretern aufzuweisen hatte.

Marktbericht über den Schweinemarkt am 23. Juli 1932. Befahren mit 104 Käuferfleischweinen, 163 Ferkelschweine. Verkauf wurden: 82 Käuferfleischweine, 163 Ferkelschweine. Preis der Paar: 20-52 Käuferfleischweine, 14-28 Ferkelschweine. Am Mittwoch, den 27. d. Mts. findet Großviehmarkt statt.

Karlsruher Umgebung

Sagsfeld
Rundgebung der Eisernen Front. Die öffentliche Kundgebung am Freitag abend im Bahnhof war ein voller Erfolg. Der Saal war zum Brechen voll. Von den Durlacher Genossen wurde der „Rote Faden“ aufgeführt. Referent war Gen. Keller-Karlsruhe. Der Erfolg für uns hätte nicht besser sein können. Die Saat dazu wurde bei der letzten Matinee gelegt, bei der der „Rote Faden“ bei uns erstmalig aufgeführt wurde. Der Spieltrupp leistet hervorragendes, und zwar hinsichtlich ihrer Darbietungen wie hinsichtlich der Vorbereitungen für die Partei. Viel Idealismus gehört zu dieser Arbeit. Die Aufnahme beim Sagsfelder Publikum mag dem Spieltrupp Beweis sein, daß ihre Opfer nicht umsonst gebracht sind. Es herrschte einmütiges Lob. Besten Dank. Gen. Keller hielt in der eingeleiteten Rede eine kurze aber sündende Ansprache, die mit dem Freiheitsruf endend begeistert aufgenommen wurde. Die Eisernen Front marschier! — Wir machen heute schon bekannt, daß voraussichtlich am Samstag der letzte Appell der Eisernen Front stattfinden und zwar als öffentliche Wählerversammlung in der „Krone“. Näheres folgt noch. Freiheit!

Gemeindepolitik

Gemeinderatsitzungen vom 21. und 24. Juli.
Gesagt wurde, auf notariellen Antrag, ein Wirtschaftsgesetz. Die 30. Verlesung drängt in einem Schreiben auf Rückzahlung des gekündigten Darlehens. — Die Verlesung des hiesigen Krankenhauses Durlach haben eine, wenn auch geringe, Ermäßigung erfahren. Einer Einladung zur Besichtigung soll vom Gemeinderat Folge geleistet werden. — Zur Wahl am 31. Juli wurden die letzten Vorbereitungen getroffen. Gewählt wird von 8-17 (5) Uhr. — Die Beratung des Gemeinde-Voranschlags 1932-33 nahm längere Zeit in Anspruch. In diesem Zusammenhang wurde für das verfloßene Geschäftsjahr eine Bilanz über die Ein- und Ausgänge gezogen. Wenn auch nicht alle Wünsche der Verwaltung erfüllt wurden, sei dennoch festgestellt, daß im Hinblick auf die trostlose Wirtschaftslage die Eingänge befriedigend sind. Auf Antrag der Bürgervereinsleitung wurde die Entscheidung zum zweiten Male vertagt. — Mit 5:2 Stimmen werden dem Stadtmagister ab 1. August die nachträglich gebührten Jubiläumsgelder entzogen, d. h. er wird auf seinen Vertrag gesetzt. — Der Entschuldigungsantrag des W. Weber wird nochmals im selben Sinne entschieden. — Auf Antrag des Fleißbeschaunders werden die Zeitungskosten auf die Gemeinde übernommen. — Ein Antrag, außerhalb der Bauflucht in der Schulstraße zu bauen, wurde mit 5 gegen 1 Stimme abgelehnt. — An die Sitzung anschließend wurden die Gemeindevorhaben besichtigt. Die nächste Sitzung entscheidet über die hier vorzunehmenden Reparaturen.

Täglich machen findige Hausfrauen neue Entdeckungen — was man nicht alles mit einem Wunderwerk 131 findet! rettet man: Schmutzdecken, wie Ketten, Ringe, Armabänder, Seile oder Perlen, alles nach einer Behandlung mit 131 in bester Ordnung. Die Sachen bürstet man mit einer alten Zahnbürste in einer warmen Lösung ab, spült mit klarem Wasser nach und poliert darauf mit einem weichen Filanestappen.

Zur Einmachzeit
Kristallzucker, Mutzucker, Salicylsäure, Salicylparaffin, Einmach-Cellulose, Einmachschiff, Opakta, Frutaprot, Weissessig, Essigsäure, sämtliche Gewürze.
Ansetzbranntwein 38% per 2,40 inkl.
Zur Beerenweinbereitung:
Glas- und Kitzinger Reinzuchthöfen, Gärspunden, Gärpfannen, Gärpötte, Föhnanne.
Drogerie Carl Roth
Herrenstr. 26 28. Lieferung frei Haus.
5% Rabatt

Gas- und Strompreise.
Aufgrund d. Art. 11 Abs. 1 d. h. h. Haushaltsnotverordnung v. d. X. 31 hat der Herr Oberbürgermeister zum Voranschlag 1932 folgende Änderungen der Gas- und Strompreise getroffen:
1. Es betragen, wie vor der Ermäßigung ab 1. August 1932, die Gaspreise:
a) nach dem allg. Tarif für die in einem Abrechnungsmonat abgenommenen ersten 200 cbm 18 Pf. je cbm, die nächsten 250 cbm 16,2 Pf. je cbm usw.
b) für Raumheizung pro cbm 10 Pf.;
c) beim Bezug durch Mängelmesser für die jährlich abgenommenen ersten 300 cbm 21 Pf. je cbm (für die übrigen cbm wie vorher 10 Pf.).
Bei Berechnung nach dem Grundgebühren-tarif beträgt die Grundgebühr erstmalig 10-biel Reichspfennig, ab dem Gas der Berechnung der Grundgebühr zugrundeliegenden, mindestens jedoch 1,60 RM. und höchstens 12 RM.
2. Bei den Lichtstrompreisen (seit 1. April 1932) je kWh) und den nach dem Grundgebühren-tarif bezogenen Haushaltsstrompreisen (seit 1. April 1932) je kWh) erfolgt ein Zuschlag von 2 Pf. je kWh.
Die Gas-Grundgebühren ändern sich vom Juli 1932 an. Die übrigen Änderungen gelten erstmals für den ab 12. VIII. 1932 zur Ableitung kommenden Verbrauch.
Die Preisänderung wurde entsprechend geändert bzw. ergänzt.
883
Städt. Gas-, Wasser- und Electr.-Amt

Schöne Büro- und große Kellerräume
für Vermietung geeignet, in der Küppurrstraße sofort dreiwertig zu vermieten.
881
Städt. Sparkasse Karlsruhe (Zimmer 5, Bureau 7025).

Das Tierheim des Tier-schutzvereins Karlsruhe
am Hauptplatz gegenüber der Filialkirche wird am Montag, den 25. Juli 1932, eröffnet.
Sabezeiten für Hunde: Dienstag und Freitag von 10-12 und 15-18 Uhr.

Badisches Landestheater
Sommer-Operette
im
Städt. Konzerthaus
Montag, 25. Juli
Geschlossene Vorstellung
Volksbühne 3
Anfang 20 Uhr
Ende 23 Uhr

Stadtgarten
Dienstag, 26. Juli
von 20-22½ Uhr
Aus Anlaß des
30. Verbandstages
des Deutschen Reichs-
verbandes der
Handelsschüler- und
Kabattsparevereine:
Sonder-
Konzert
Philharmonisches
Orchester
Leitung:
Kapellmeister
Franz Dolegal
Verbilligte Eintrittspreise.
Empfehle mich im
Spänen
von Parkett- u. Tisch-
bühnen-Werkstoffen
wird pünktlich u. sauber
ausgeführt. Adresse zu
erfragen unter Nr. 3669
im Volksfreund.

Wählt Goliath Lieferwagen
Generalvertretung:
Karlriedrichstr. 18
Telephon 5614.

Wahl 3-3-Wohnung
Nähe Werderplatz, auf
1. August oder später
zu vermieten. Näheres
Werderplatz 87, part.

2-Zimmerwohnung
zu mieten gesucht. Zu-
lach od. Weierthum be-
vorzugt. Off. mit Preis
unter Nr. 3878 an den
Volksfreund.

Wahl 3-3-Wohnung
Gut möbl. Zimmer
auf 1. August zu verm.
Fähringerstraße 15 III
links. 21362

Wahl 3-3-Wohnung
Gut möbl. Zimmer
für sofort oder später
preiswert zu vermieten.
Näheres bei Wagner,
Klaupfahstraße 25, IV 1.

Wahl 3-3-Wohnung
Weihnäherin gesucht
gegen Raumbehandlung
beim Jahrestag. Zu er-
fragen u. F. 1360 I. Str.

Wahl 3-3-Wohnung
Perfekte Schneiderin
empfiehlt sich im Zu-
schneiden und Anpro-
bieren von Kleider und
Mänteln usw. von 60-80
an. Reanvertigung bei
billigster Berechnung.
Watter, Grünwinkel,
Eintrachtstraße 11, 880

Küchen
flamend billige Preise
**Schnitz, Fähringer-
straße 77**
hinter Weidm. Knop
Ein kleiner weißer geb.
Kochherd u. Gas-
herd direkt von Fabrik
zu kaufen gesucht. An-
gebote unter Nr. 3788
an den Volksfreund.
Eine gut erhalt. Geige
zu verlauf. Preis 10 Mk.
Fahnenstr. 111, 51361
Starter ehem. Gebäu-
de für Fahrdr.
bill. zu verk. Schönl.,
Karlsruhe 5, III 51363

Wahl 3-3-Wohnung
Nähe Werderplatz, auf
1. August oder später
zu vermieten. Näheres
Werderplatz 87, part.

Wahl 3-3-Wohnung
zu mieten gesucht. Zu-
lach od. Weierthum be-
vorzugt. Off. mit Preis
unter Nr. 3878 an den
Volksfreund.

Wahl 3-3-Wohnung
Gut möbl. Zimmer
auf 1. August zu verm.
Fähringerstraße 15 III
links. 21362

Wahl 3-3-Wohnung
Gut möbl. Zimmer
für sofort oder später
preiswert zu vermieten.
Näheres bei Wagner,
Klaupfahstraße 25, IV 1.

Wahl 3-3-Wohnung
Weihnäherin gesucht
gegen Raumbehandlung
beim Jahrestag. Zu er-
fragen u. F. 1360 I. Str.

Wahl 3-3-Wohnung
Perfekte Schneiderin
empfiehlt sich im Zu-
schneiden und Anpro-
bieren von Kleider und
Mänteln usw. von 60-80
an. Reanvertigung bei
billigster Berechnung.
Watter, Grünwinkel,
Eintrachtstraße 11, 880

Wahl 3-3-Wohnung
Gut möbl. Zimmer
auf 1. August zu verm.
Fähringerstraße 15 III
links. 21362

Wahl 3-3-Wohnung
Gut möbl. Zimmer
für sofort oder später
preiswert zu vermieten.
Näheres bei Wagner,
Klaupfahstraße 25, IV 1.

Friedr. Köpper
Klassen-Lotterie
Karlsruhe, Friedrichstr. 35
2de Küppurrer Straße
Telephon 5286
88. Gg.-Friedrichstr. 25
348 000 Gewinne
2 Kränzen zu je
500 000 RM.
100 Schlußpremiolen zu
je 8000 RM.
Ziehung 11. August 1932.
V. Klasse Ziehung:
8. August bis 12. Sept.
Schluß der Erneuerung
Montag, den 1. August

A. Werthhammer
MALERMEISTER
Luisenstraße 37, Tel. 7365
Ausführung aller Maler-Arbeiten
8634
solid und preiswert.

Gaggenauer Anzeigen
Dienstleistungen
Durch einen Erlass des Ministers des Innern
ist in den Arbeitsgebieten der Weinbereitung
der Versuchsanstalt Gaggenau und des Weine-
bauinstituts in Freiburg eine Trennung derar-
tillagen worden, daß der Versuchsanstalt
Gaggenau als Arbeitsgebiet die Landes-
kommunikationsbezirke Karlsruhe und Mannheim
und dem Weinbauinstitut in Freiburg die
Landeskommunikationsbezirke Freiburg und Bam-
berg zugewiesen wurden.
Winer, Winer, Winger genossenschaftlichen Weine-
händler und sonstige Interessenten, welche Wein-
und Wollte in den genannten Anhalten unter-
suchen lassen wollen, haben zu beachten, daß
die Weinbauinstitute in Freiburg zu erfolgen haben
bestehen Karlsruhe und Mannheim in Zukunft
noch nach Gaggenau und die Winger-
Anstalt aus den Landeskommunikationsbezirken
Freiburg und Mannheim nur noch an Gag-
genau. Daselbe gilt für die Einholung schriftlicher
Anträge, insbesondere auch bei der Aus-
führung der Weinbauinstitute in Freiburg und
bei der Abhaltung von Vorträgen durch We-
inbauinstitute in Freiburg. Entsprechende
zuständige Anstalt zu richten.
Gaggenau, den 22. Juli 1932.
Der Bürgermeister
Gaggenau.

Wahl 3-3-Wohnung
Gut möbl. Zimmer
auf 1. August zu verm.
Fähringerstraße 15 III
links. 21362

Wahl 3-3-Wohnung
Gut möbl. Zimmer
für sofort oder später
preiswert zu vermieten.
Näheres bei Wagner,
Klaupfahstraße 25, IV 1.

Wahl 3-3-Wohnung
Weihnäherin gesucht
gegen Raumbehandlung
beim Jahrestag. Zu er-
fragen u. F. 1360 I. Str.

Wahl 3-3-Wohnung
Perfekte Schneiderin
empfiehlt sich im Zu-
schneiden und Anpro-
bieren von Kleider und
Mänteln usw. von 60-80
an. Reanvertigung bei
billigster Berechnung.
Watter, Grünwinkel,
Eintrachtstraße 11, 880

Wahl 3-3-Wohnung
Gut möbl. Zimmer
auf 1. August zu verm.
Fähringerstraße 15 III
links. 21362

Wahl 3-3-Wohnung
Gut möbl. Zimmer
für sofort oder später
preiswert zu vermieten.
Näheres bei Wagner,
Klaupfahstraße 25, IV 1.